

LaG - Magazin

Der Umgang mit NS-Täterschaft und Kollaboration in der
historisch-politischen Bildung und in der Erinnerungskultur

08/2016

26. Oktober 2016

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Umgang mit nationalsozialistischen Täterschaften und Verfolgungserfahrungen in Familie und Gesellschaft – zur Arbeit mit Nachkommen.....	5
„Stille Post – das beredte Schweigen meines Vaters“	10
Täter und Gehilfen – zwischen Freiwilligkeit und Zwang.....	17
Der Umgang mit der Erinnerung an national-sozialistische Besatzung, Shoah und Kollaboration in Lettland und Litauen.....	20
Die Täter-Opfer-Problematik in der Gedenkkultur am Beispiel der Kriegsgräberstätte Costermano.....	26
Zum Umgang mit Angehörigen der Waffen-SS auf Kriegsgräberstätten.....	31

Empfehlung Fachbuch

Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte.....	35
Oliver von Wrochem (Hrsg.) „Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie“	39
Die Polizei im NS-Staat. Auseinandersetzung mit einer dunklen Vergangenheit.....	43
Erinnerungsfoto aus Auschwitz. Das Höcker-Album.....	46

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Täter, Opfer oder beides? Suizid eines jüdischen SS-Mannes.....	49
---	----

Bildungsträger

Ministerien und die Aufarbeitung von NS-Vergangenheit – ein Werkstattbericht.....	51
Ortsbegehung – Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft.....	53

Lebensbericht

Eine Familiengeschichte im Nationalsozialismus und die Folgen.....	56
--	----

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zur neuen Ausgabe des LaG-Magazins. Wie der Titel besagt, bilden Auseinandersetzungsformen mit NS-Täterschaft und Kollaboration dieses Mal den Schwerpunkt. In den letzten Jahren ist die Auseinandersetzung mit der Verstrickung in Nationalsozialismus und deutsche Besatzung verstärkt in der Bildungsarbeit thematisiert worden. Die Täterforschung in den Geschichtswissenschaften setzt sich seit den 1990er-Jahren in größerem Rahmen mit der Thematik auseinander.

Dennoch sind familienbiografische Nachforschungen und Gespräche gesellschaftlich marginal. Hier stellt sich die Frage, ob und inwieweit der derzeit stattfindende Rechtsruck, nicht nur in Deutschland, mit familiären oder gesellschaftlichen De-Thematisierungen und Problematiken von Erinnerungskulturen an die NS-Mordtaten in Europa zusammenhängt. Zumindest besteht in Mittel- und Osteuropa ein konfliktbehaftetes Verhältnis in den Erinnerungen an den „real existierenden Sozialismus“ und stalinistische Verbrechen auf der einen Seite und an deutsche Besatzung, Shoah, Porajmos und Kollaboration auf der anderen Seite. Die meist geschichtspolitisch aufgeladenen Erinnerungskonflikte führen nicht selten zu nationalen Opfernarrativen, wie dies in den baltischen Staaten oder auch der Ukraine zu beobachten ist. In diesem Zusammenhang ist jede Überheblichkeit von deutscher Seite aus unangebracht, wurden doch viele Diskussionen zum Umgang mit der NS-

Vergangenheit erst auf Druck von Überlebenden oder von bürgerschaftlich engagierten Menschen, häufig gegen die staatliche und mehrheitsgesellschaftliche Agenda, geführt. Der erinnerungspolitische Umgang beispielsweise mit Sinti und Roma zeigt, dass hier noch viel Diskussions- und Handlungsbedarf besteht.

Oliver von Wrochem konstatiert eine zunehmende Bereitschaft, sich in Deutschland mit der Frage von Täterschaft, auch im familiären Rahmen, auseinanderzusetzen. Seine Betrachtungen basieren auf der reichhaltigen Erfahrung mit entsprechenden Seminaren, die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme angeboten werden.

Barbara Brix hat sich lange Jahre mit der Geschichte ihres Vaters auseinandergesetzt, der als Mitglied der Waffen-SS und Arzt der Einsatzgruppe C in das Morden in der Sowjetunion verstrickt war. In ihrem Essay zeichnet die Autorin die Entwicklung dieser Auseinandersetzung und die Fragen, die sich für sie daraus ergaben, sehr persönlich nach.

Mit der ambivalenten Position zwischen Täterschaft und Opferdasein der Trawniki-Männer, überwiegend sowjetische Kriegsgefangene, die unter anderem in den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“ eingesetzt wurden, setzt sich *Angelika Benz* auseinander.

Der Beitrag von *Ingolf Seidel* ist ein Bericht über eine Exkursion zu Orten der Zeitgeschichte in Lettland und Litauen im Frühsommer dieses Jahres. Darin zeigt er

die konkurrierenden Narrative zu sowjetischer und deutscher Besatzung innerhalb der beiden baltischen Staaten auf.

Die norditalienische Kriegsgräberstätte für deutsche Soldaten in Costermano dient für *Rolf Wernstedt* als Beispiel, sich mit den erinnerungskulturellen Herausforderungen und Schwierigkeiten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge auseinanderzusetzen, die an einem Ort bestehen, an dem unter anderem NS-Täter wie Christian Wirth, Franz Reichleitner und Gottfried Schwarz begraben liegen.

Auch *Henning Pieper* nimmt sich des Themas von Kriegsgräbern an. An drei Beispielen, Weimar, Costermano und Lommel, führt er seine Betrachtungen zum Umgang mit Gräberstätten aus, die für Täter und Opfer die letzte Ruhestätte sind.

Carmen Ludwig bespricht das Buch „Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte“ von Alexandra Senfft, das autobiografische Auseinandersetzungen zu elf Familiengeschichten im Nationalsozialismus beinhaltet.

Wir danken allen externen Autor_innen herzlich für die Mitarbeit.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 23. November. Es trägt den Titel „Extreme Rechte und Möglichkeiten präventiver Bildungsarbeit“.

Wir wünschen Ihnen eine gewinnbringende Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

Umgang mit nationalsozialistischen Täterschaften und Verfolgungserfahrungen in Familie und Gesellschaft – zur Arbeit mit Nachkommen

Von Oliver von Wrochem

Mit der zunehmenden zeitlichen Distanz zum Nationalsozialismus ist in den vergangenen Jahren eine Verschiebung des Interesses in Wissenschaft und Gesellschaft festzustellen: Standen bisher die nationalsozialistischen Täterschaften im Fokus, gibt es inzwischen eine hohe Bereitschaft, sich mit den familiären und gesellschaftlichen Folgen von Täterschaften und Verfolgung im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Meine bilanzierenden Überlegungen basieren auf Erfahrungen aus der Arbeit mit Nachkommen von Verfolgten und Täternachkommen an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme sowie auf Forschungen zu NS-Täterschaften und NS-Verfolgung.

Rechercheseminare in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Zwischen 2003 und 2006 wurde die KZ-Gedenkstätte Neuengamme umgestaltet und erweitert: In diesem Zeitraum wurden die Folgewirkungen von Täterschaft und Verfolgung für die zweite und dritte Generation in den Blick genommen und Interviews mit Nachkommen beider Gruppen geführt. Ihre Perspektive fand anschließend Eingang in die neue Hauptausstellung sowie die Ausstellung über die Lager-SS des KZ Neuengamme.

2009 bot die Gedenkstätte erstmals Rechercheseminare an, in denen sich Interessierte mit der Frage beschäftigen, was ihre Verwandten im Nationalsozialismus getan bzw. erlebt haben. Neben Nachkommen von Täterinnen und Tätern nehmen regelmäßig auch Verfolgtenachkommen, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie weitere Interessierte daran teil. Daneben etablierte die Gedenkstätte verschiedene Gesprächsangebote, darunter ein Seminar, das sich an Täternachkommen richtet, die sich intensiver mit NS-Täterinnen und Tätern und den Folgewirkungen von Täterschaft in der eigenen Familie auseinandersetzen wollen. Dieses Seminar stößt auf regen Zuspruch – die Nachfrage war zuerst deutlich größer als die nach Gesprächsangeboten für Nachkommen von NS-Verfolgten – was nicht zuletzt darin begründet ist, dass in Deutschland wesentlich mehr Nachkommen von Täterinnen und Tätern als von Verfolgten leben. Dass Nachkommen von NS-Täter_innen verstärkt Fragen zu ihrer eigenen Familiengeschichte stellen, ist ein Ergebnis der Forschungen zur NS-Volksgemeinschaft und zu den Täterinnen und Tätern, die seit den 1990er Jahren stetig zunehmen. Vorher waren es vor allem die Kinder und – seltener – Enkel von prominenten Nazigrößen, die sich die Frage stellten, wie sie mit dem familiären Erbe umgehen sollen. Die Frage „Was haben meine Verwandten im Nationalsozialismus getan?“ stellen sich nun auch Nachkommen von Mitläuferinnen und Mitläufern, Zuschauerinnen und Zuschauern. Zudem nimmt die Auseinandersetzung

mit Mittäterschaft und Kollaboration in ehemals von Deutschland besetzten Ländern zu, mit der Folge, dass in diesen Ländern Fragen nach familiengeschichtlichen Bezügen zu NS-Verbrechen laut werden.

Es bestand eine Zeit lang die Sorge, dass mit der stärkeren Aufmerksamkeit für die Ursachen und Folgen von Täterschaft und die Arbeit mit Täternachkommen die Aufmerksamkeit für das Schicksal der Verfolgten und deren Nachkommen in den Hintergrund treten könnte. Doch hat sich diese Sorge als unbegründet herausgestellt. So hat sich durch Internationalisierung und Vernetzung (z.B. im jährlich stattfindenden Forum „Zukunft der Erinnerung“ und im Blog [„Reflections on Family History affected by Nazi Crimes“](#), aber auch in Seminaren und Tagungen) die Arbeit mit Angehörigen von Verfolgten zu einem festen Bestandteil der Arbeit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme entwickelt. Zudem machen die Angebote für Nachkommen von Verfolgten und von Täterinnen und Tätern keineswegs der Arbeit mit anderen Zielgruppen Konkurrenz, vielmehr eröffnen sie Fragestellungen, die für alle Besuchergruppen relevant sind und die Gedenkstättenarbeit insgesamt bereichern.

So lassen sich aus der Arbeit mit Täternachkommen ebenso wie aus der Arbeit mit Verfolgtenachkommen Perspektiven gewinnen für die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg, darunter auch in globalgeschichtlicher Dimension. Ähnlich wie der Kolonialismus und der Stalinismus wirken die Folgen des Nationalsozialismus bis in die Gegenwart

weiter – und zwar weltweit, in Deutschland, in den besetzten Ländern, in den so genannten neutralen Staaten, aber auch in der so genannten Dritten Welt, sowohl in Gesellschaften wie in Familien.

Unterschiede der Nachkommen von Täter_innen und Verfolgten

Es gibt einen ganz wesentlichen Unterschied zwischen Täter- und Verfolgtenachkommen: Während erstere bis heute in ihrer Mehrzahl eher ungern auf ihre Familiengeschichte schauen und in ihrer Sozialisation kaum mit der Täterschaft in der eigenen Familie konfrontiert werden, bildet die Auseinandersetzung mit den Folgen der NS-Gewalt bei Nachkommen von Verfolgten meist einen wichtigen Teil ihrer lebensweltlichen Orientierung. Zumal wenn Verwandte ermordet wurden, können Nachkommen von Verfolgten oftmals ihrem familiären Erbe gar nicht ausweichen. Während es für letztere Gruppe selbstverständlich ist, die eigene Familiengeschichte in der Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen zu verorten, fehlt diese Verortung bei den meisten Täternachkommen. Sie erkennen die Verbrechen zwar an, dekontextualisieren sie jedoch, indem sie ausblenden, dass die Verbrechen von Menschen begangen wurden, die nicht fremd, sondern mit ihnen verwandt sind.

Die Tendenz zur Distanz und Abstraktion wohnt dem Umgang vieler Täternachkommen mit dem Holocaust und anderen NS-Massenverbrechen inne. Damit setzen sie eine Tendenz fort, die bereits der

NS-Täterschaft selbst – wie anderen Formen der Massengewalt – eigen ist. Zwar wurde die NS-Gewalt im Vollzug von einer großen Gruppe in der Gesellschaft als legitim gerechtfertigt, aber bereits während der Handlung von der eigenen Person entkoppelt und umgedeutet, indem sie etwa als „notwendige Maßnahme“ durchgeführt und erinnert wurde. Nach dem Ende der Massengewalt wollte es niemand der daran Beteiligten gewesen sein und kaum jemand konnte sich erklären, weshalb Menschen zu „so etwas“ in der Lage sind. Diese Entkopplung setzt sich in der generationalen Überlieferung in Familien und Gesellschaften bis heute fort. Die Überlieferung im privaten Rahmen der Familie war und ist auf Seiten dieser Gruppen auch deshalb oft unverbunden mit dem öffentlichen Sprechen über die NS-Verbrechen. Insofern ist ein Ziel der Seminare, den gesellschaftlich vorherrschenden gespaltenen Zugang zum Nationalsozialismus bei den Nachkommen von Täterinnen und Tätern, aber auch von Mitläuferinnen und Mitläufern wie Zuschauerinnen und Zuschauern zu mindern.

Dagegen schlagen Nachkommen von NS-Verfolgten häufig eine Brücke zwischen der eigenen Familiengeschichte und der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus. Diese Gruppe ist sich bewusst, dass die Verfolgung ein Kollektivschicksal bildete, das ihre Verwandten nicht zufällig ereilte, sondern auf Grundlage von damals herrschenden gesellschaftlichen Ideologemen wie Rassismus, Antisemitismus oder Antiziganismus stattfand. Bei Nachkommen von politisch

und rassistisch Verfolgten bildet das Wissen um das Familienschicksal zudem häufig einen festen Bestandteil ihrer Sozialisation und ist in die Familienüberlieferungen eingeschrieben. Dies gilt allerdings weniger für die Nachkommen von Verfolgtengruppen, die bis heute um Anerkennung kämpfen, unter anderem beispielsweise als asozial oder kriminell Verfolgte oder Opfer der NS-Militärjustiz.

Was hat meine Familie im Nationalsozialismus getan?

Angesichts der fortschreitenden Historisierung kann die familiengeschichtliche Fragestellung – was hat meine Familie in der Zeit des Nationalsozialismus getan – für viele Menschen einen relevanten Zugang zur Vergangenheit bieten, weil sie einen wichtigen gegenwärtigen Bezug zum historischen Geschehen herstellt: was geht mich das noch an? Betrachtet man Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg als globalgeschichtliche historische Ereignisse, deren Folgen die Gesellschaften weltweit bis heute prägen, so stellt sich diese Frage nicht nur in Deutschland, sondern auch in den ehemals besetzten Ländern und Kollaborationsregimen, in Ländern, die Flüchtlinge aufgenommen haben (oder nicht aufgenommen haben) oder eben auch in den damals sogenannten neutralen Staaten. Allerdings stellt sich die Frage in der postnationalsozialistischen deutschen Gesellschaft dringlicher, denn hier sind die Folgen der NS-Gewalt bis in die Gegenwart überall auffindbar, und die Verweigerung, dies zu erkennen und zu reflektieren, führt dazu, dass zwischen dem öffentlichen

Gedenken an die NS-Massenverbrechen und privaten Erzählungen und Überlieferungen in Familien in Deutschland nicht selten eine erhebliche Diskrepanz besteht.

Gespeist von wissenschaftlichen Erkenntnissen ist die Zahl jener Täternachkommen, die über ihre Familiengeschichte in kritischer Weise publizieren oder die sich in künstlerischen Auseinandersetzungen mit den Folgen für ihr eigenes Leben befassen, erfreulicherweise ansteigend. Nicht nur in Deutschland, auch in ehemals von Deutschland besetzten Ländern wächst das Interesse an der Auseinandersetzung in Bezug auf Täterschaft und Kollaboration der eigenen Vorfahren. Diese Nachkommen treten häufig in Distanz zu vorherrschenden Familien-erzählungen, in denen die familiäre Vergangenheit abgewehrt bzw. ignoriert wird, sie artikulieren Loyalitätskonflikte, die mit der Anerkennung der Schuld ihrer Angehörigen einhergehen, innerfamiliäre Verwerfungen, Kontaktabbrüche und das Erlebnis der Unfähigkeit ihrer Täterverwandten zu Reue.

Auch die Verfolgtenachkommen setzen sich zunehmend öffentlich mit ihrer Familiengeschichte auseinander und fragen nach den Folgen für ihr eigenes Leben. Die öffentliche Resonanz von familiengeschichtlicher Literatur ist auch hier ein Faktor für die intensivere Beschäftigung mit der familiären Vergangenheit. Und gerade jene, die an die Öffentlichkeit gehen, verbinden damit ein politisches Mandat, das im Kern ein „Nie wieder“ beinhaltet. Dieses Mandat verbindet sie mit jenen Täternachkommen,

die sich kritisch mit ihrer Familiengeschichte auseinandersetzen. In einer 2014 abgegebenen Erklärung heißt es in diesem Sinne: „Die Kinder von Tätern und die Kinder von KZ-Häftlingen [...] müssen mit den Folgen einer Vergangenheit umgehen, für die sie selbst keine Verantwortung tragen. Sie können und sollten gemeinsam handeln, damit die Verbrechen, die ihre Eltern verübt haben oder erleiden mussten, sich nicht wiederholen.“

Die Vermittlung von Wissen über die NS-Gewaltverbrechen und deren Ursachen ist aber nicht nur für Verfolgten- wie Täternachkommen, sondern für alle Menschen relevant, ebenso die Beschäftigung mit den Folgen von Gewalt, sie bildet die Grundlage eigener Urteilsfähigkeit und eines reflektierten Geschichtsbewusstseins in Bezug auf die historischen Ereignisse und ihre Folgen. Familiäre und gesellschaftliche Folgewirkungen von Täterschaften und von Verfolgung haben nicht nur bezogen auf den Nationalsozialismus einen hohen Erklärungswert für gesellschaftliche Prozesse. Die Motivation der an Verbrechen Beteiligten sowie Entstehungsbedingungen und Mechanismen der ausgeübten Gewalt, das Schicksal der von dieser Gewalt betroffenen Gruppen und der Umgang mit den Gewaltakteuren nach Kriegsende spielen deshalb in der Bildungsarbeit von Gedenkstätten eine zunehmend bedeutende Rolle – und zwar mit allen Besuchergruppen.

Es geht in der Auseinandersetzung mit den Vergangenheiten stets auch um uns; unser Geschichtsbewusstsein, die Ver-

fasstheit der Gesellschaft, die familiären Umgangsweisen, die eigene Stellung zu gegenwärtigen Herausforderungen, beispielsweise der eigenen Stellung zu gesellschaftlichem Rassismus, der sich beispielsweise im Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen und völkischen Tendenzen in Europa im Umgang mit Flüchtlingen, aber auch im Umgang mit andauerndem Antiziganismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit zeigt. Die Auseinandersetzung mit den familiären und gesellschaftlichen Folgen von Täterschaft und von Verfolgung geht uns deshalb alle an.

Literatur

Oliver von Wrochem unter Mitarbeit von Christine Eckel (Hg.), Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, Berlin 2016.

Thorsten Fehlberg/Jost Rebentisch/Anke Wolf (Hrsg.), Nachkommen von Verfolgten des Nationalsozialismus. Herausforderungen und Perspektiven, Frankfurt am Main 2016.

Über den Autor

Dr. Oliver von Wrochem ist Historiker und seit 2009
Leiter des Studienzentrums
der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

„Stille Post – das beredte Schweigen meines Vaters“ [1]

Von Barbara Brix

Der Tiefpunkt meiner Nachforschungen wie auch der inneren Auseinandersetzung mit meinem Vater lag, so scheint es mir jetzt, im September 2012.

Zweieinhalb Tage lang hatte ich mir die vorbestellten Unterlagen in der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung von NS-Verbrechen angeschaut und mich durch einige hundert Seiten Vernehmungsprotokolle aus den Prozessen gegen SS-Täter in den Einsatzgruppen gelesen.

Eine blutige Spur hatten die Kommandos der Einsatzgruppen C und D vom Sommer 1941 bis zum Frühjahr 1944 durch die Ukraine gezogen. Zusammen mit deutschen Polizeibataillonen und einheimischen Kollaborateuren ermordeten sie, parallel zu den Operationen der Wehrmacht und teilweise mit deren Unterstützung, Hunderttausende galizischer und ukrainischer Juden.

Als ich an dem letzten meiner Archivtage durch die spätsommerlich warme Stadt zu meinem Hotel zurückging, drängten sich in meinem Kopf die Bilder von Massenexekutionen an jüdischen Frauen und Kindern durch deutsche Männer; und gleichzeitig vernahm ich deren Stimmen, wie sie sich gegenseitig die Schuld zuwiesen, Ausflüchte suchten, ihr Alter vorschützten, Gedächtnisausfälle in Anspruch nahmen und offensichtlich auch schamlos logen.

Unter den Papieren waren zwei Zeugenaussagen meines Vaters, in denen er zur Einsatzgruppe C befragt wurde. Aber auch zu seiner eventuellen Beteiligung oder Anwesenheit bei einer oder mehreren Erschießungsaktionen.

Gespräche? Fehlanzeige!

Bis zu meinem 65. Lebensjahr lag – so dachte ich lange – eine Decke des Schweigens über der nationalsozialistischen Vergangenheit und den Kriegsjahren meines Vaters.

Und doch war da immer etwas, was diffus, aber fühlbar durch die Zeiten mitging.

Heute kommt es mir eher wie ein Nebel vor, aus dem hier und da Spitzen, Hinweise herausstachen, die ich hätte ergreifen, bedenken, erforschen, erfragen können. Ich tat es nicht wirklich.

Da waren seine Beinprothesen. Irgendwann und irgendwo hatte er im Krieg seine Beine verloren. Da war die Geschichte meines Onkels. Da war die SS-Anstecknadel, die ich als Halbwüchsige auf dem Grunde einer Kleidertruhe auf dem Dachboden fand. Da waren eine gemeinsame Reise und ein Gespräch in der Intimität des Autos, von dem ich nur noch den einen Satz präzise erinnere: „Wir dachten damals: ‚Wo gehobelt wird, da fallen auch Späne.‘“ Auch waren da die hoch erregten Szenen im Wohnzimmer, als meine Schwester und ich im Geist der 68er anklagend auf unsere Eltern eindrangten: „Wo wart ihr damals? Was wusstet ihr?“ und ihre hilflos abwehrenden Reaktionen.

Da war vor allem die mehrfach auftauchende Bemerkung unserer Mutter, bei der noch in ihren späten Jahren die Kränkung der ursprünglichen Situation mitschwang: dass ihr junger Ehemann sich von Lodz aus „freiwillig an die russische Front gemeldet“ hätte, als sie mit mir hochschwanger war und ihr nichts anderes übrig blieb, als in ihr Breslauer Elternhaus zurückzukehren.

Als mein Vater 1980 starb, schien dieses Kapitel erledigt, ohne dass ich es jemals wirklich aufgeschlagen hatte.

26 Jahre nach seinem Tod, als ich gerade pensioniert worden war, erhielt ich einen Hinweis von einem befreundeten Historiker, dass er bei seinen Nachforschungen über die Baltendeutschen in der SS auch auf meinen Vater gestoßen war. Er sei Arzt der Einsatzgruppe C gewesen.

Es traf mich wie ein Schock. Aber fast gleichzeitig fiel es mir auch wie Schuppen von den Augen: Er war nicht „an die russische Front gegangen“, sondern mit den Einsatzgruppen im Sommer 1941 in die Sowjetunion eingefallen.

Ich hatte erstmalig in den 1990er Jahren auf der Ersten und Zweiten Wehrmachtausstellung von den Einsatzgruppen erfahren – fassungslos, wie es einem immer wieder ergeht, wenn man sich mit weiteren, bis dato noch unbekanntem Gräueltaten des Nationalsozialismus konfrontiert sieht.

Aber eigentlich hätte ich früher Bescheid wissen können; hatte ich doch spätestens seit den 1980er Jahren alles aufgesogen, was allmählich über den

Nationalsozialismus ans Licht der Öffentlichkeit gedrungen war, und es in Unterricht umgesetzt. Wie oft war ich in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gewesen, wie viele Projekte hatte ich mit Schülern dazu gemacht, auch ein Büchlein über einen jüdischen Lehrer meiner Schule verfasst...

Ich schob das Nachdenken über die Verwicklung meines Vaters in die NS-Verbrechen zunächst einfach weg.

In der Kindheit und Jugend war er mir geistiger Mentor und maßgebliche moralische Instanz gewesen. Nun war neben das Bild meines zugewandten, inspirierenden, gleichzeitig ernsten und anspruchsvollen Erziehers plötzlich und unverbunden ein neues, schattenhaftes, beängstigende Fantasien freisetzendes getreten, hinter dem sich Abgründe zu öffnen schienen. Ich fühlte mich außerstande, diesen Zwiespalt aufzulösen.

Nachforschungen

Erst ein Jahr später – im Rahmen meiner Bewerbung für ein Freiwilligenjahr mit „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ und deren Bedingung, auch familiengeschichtlich zu forschen – nahm ich den Faden auf.

Vom Bundesarchiv in Berlin erhielt ich ein Kompendium, den Antrag auf „Heiratsgenehmigung“, den mein Vater, Untersturmführer der SS, im Juli 1940 an das „R. u. S. Hauptamt“ (Rasse- und Siedlungshauptamt) gerichtet hatte. Aus Ludwigsburg kamen zwei Vernehmungsprotokolle, in denen er 1966 und 1968 als Zeuge befragt worden war.

Mit der Lektüre dieses Protokolls im Kopf, irritiert und abgestoßen von der darin wiederkehrenden Wendung „Davon ist mir nichts bekannt“, geriet ich 2007 in Paris in die Ausstellung „La Shoa par balles“ („Die Shoah durch Erschießungen“).

Sie dokumentierte hauptsächlich den Weg des Einsatzkommandos 4a durch die westliche Ukraine und listete z. B. exemplarisch ein Kalendarium der Erschießungsaktionen für den Monat August 1941 auf: Alle zwei bis drei Tage zogen Einheiten des Kommandos in die umliegenden Dörfer, trieben die dort lebenden Juden zusammen, brachten sie um und verscharrten sie in Massengräbern. Die kalte Systematik ihres Vorgehens erlebte ich als so ungeheuerlich, dass ich die Ausstellung am Abend wie betäubt verließ. Lange Zeit vermochte ich keinen klaren Gedanken zu fassen, geschweige denn die Rolle meines Vaters in diesem Geschehen gedanklich zu klären. In inneren Bildern sah ich ihn in Strömen von Blut marschieren oder uniformiert mit anderen Uniformierten rauchend an einer mit Leichen gefüllten Grube stehen. Hatte ich ein Ungeheuer zum Vater gehabt? Ich wusste ja, dass nicht selten die brutalsten Täter zu Hause die liebevollsten Väter gewesen waren.

Erneut ließ ich meine Nachforschungen für eine Weile ruhen.

2011 besuchte ich in der Gedenkstätte Neugamme das Seminar „Ein Täter, Opfer, Zuschauer in der Familie“. Es half mir methodisch weiter und bestärkte mich darin, die Archive in Freiburg und Ludwigsburg

aufzusuchen. Vor allem aber erleichterte es mich zu sehen und zu hören, dass andere Menschen meiner Generation - und auch der nachfolgenden - ebenso, manche sogar noch viel mehr, an dieser familiären Situation zu knacken hatten.

II. Der Werdegang und die Kriegsgeschichte meines Vaters

Mein Vater wurde 1912 in Riga, damals noch eine russische Stadt, als jüngstes von vier Kindern in eine gutbürgerliche Familie hineingeboren. Er besuchte das Deutsche Klassische Gymnasium und absolvierte ein Medizinstudium an der Universität Riga.

„Seit ihrer Gründung im Januar 1933 gehörte“ er nach eigenem Bekunden „der illegalen Nationalsozialistischen Volksdeutschen Partei in Lettland“ an, die sein ältester Bruder gegründet hatte, und war bis zu seinem Staatsexamen „in ihr tätig, zuletzt als Scharführer“.

Nach dem Examen verließ mein Vater Lettland und machte an verschiedenen deutschen Universitätskliniken seine Ausbildung zum Kinderarzt.

Im September 1939 hatte er sich „als Kriegsfreiwilliger bei der Waffen-SS gemeldet. Im Oktober wurde ich bei der SS Leibstandarte ‚Adolf Hitler‘ eingestellt“.

„Etwa 4 Wochen vor Beginn des Rußlandfeldzuges wurde ich vom Sanitätsersatzamt der Waffen-SS in Berlin zu einer Einsatzgruppe abkommandiert. Diese Gruppe lag in der Nähe von Torgau“, so liest sich die Aussage meines Vaters 25 Jahre später in

einer der Zeugenvernehmungen.

Dieser Aufbruch - oder vielmehr der Anstoß dazu - bleibt widersprüchlich. Meine Mutter beharrte bis zum Ende ihres Lebens darauf, er sei freiwillig gegangen. Es wäre aber auch denkbar, dass sie diesen Akt mit seiner freiwilligen Meldung zur Waffen-SS knapp zwei Jahre zuvor verwechselt.

Der „Weggang“ meines Vaters sollte in mehrfacher Hinsicht ein familiäres Schlüsselereignis werden.

Meine schwangere Mutter kehrte notgedrungen in ihr Elternhaus zurück. Zwei und ein halb Monate später wurde ich als erstes Kind und älteste Tochter in Breslau geboren.

Da war mein Vater schon mit dem Stab der EG C quer durch die Ukraine über Lemberg, Rowno, Shitomir, Winniza bis Kiew gezogen.

Nach seiner Aussage war er medizinisch für die gesamte EG C mit ihren 6 EKs sowie einige nahe gelegene Wehrmachtlazarette zuständig und sagte aus, er sei „mit gewissen Unterbrechungen fast ständig unterwegs zu den einzelnen Kommandos und weiteren abgezweigten Gruppen gewesen (bin), um meiner Aufgabe als Arzt gerecht zu werden.“

Nach bisherigem - und wahrscheinlich auch endgültigem - Kenntnisstand sind im Zusammenhang mit Erschießungsaktionen zwei bis drei Situationen aktenkundig, in denen von der Präsenz „des Arztes“ oder auch „der Ärzte“ der EG die Rede ist, ohne dass Namen fallen.

Mehrere als Zeugen benannte (untergeordnete) Mitglieder der EG C erkennen in der ihnen vorgelegten „Lichtbildmappe“ unter Nr. 51 – 52 „unseren Arzt Dr. K.“ wieder.

In den beiden Aussageprotokollen von 1966 und 1968 bestreitet er, von den Massakern an den ukrainischen Juden gewusst zu haben, geschweige denn bei einem oder mehreren dabei gewesen zu sein: Es sei ihm während seiner Tätigkeit als Arzt bei der Einsatzgruppe „nie voll bewusst oder bekannt geworden (ist), daß es zum Schwerpunkt der Aufgaben des Kommandos gehörte, an der Vernichtung des Judentums mitzuwirken.“

Doch gibt er bei einer weiteren Vernehmung aus dem Jahre 1969 (als Zeuge im Prozess gegen seinen Bruder), auf deren Kopie ich erst kürzlich stieß, immerhin zu, er hätte sich „damals, im Krieg, als ich beim Gruppenstab war, von diesen Dingen, die ich natürlich ahnte und von denen ich gerüchteleise hörte, distanziert, was mir in meiner Stellung auch ohne weiteres möglich war.“

Vieles spricht dafür, dass er noch in Kiew war, als am 28. und 29. September 1941 ganz in der Nähe, in Babi Yar, 33. 771 Juden, unter brutalsten Umständen erschossen und in eine Schlucht geworfen wurden.

Laut den Ereignismeldungen, die alle Kommandos regelmäßig nach Berlin zu schicken verpflichtet waren, ermordete die Einsatzgruppe C vom Juni 1941 bis zu ihrem Rückzug aus der Ukraine (1944) 118.314 Menschen.

Mein Vater kehrte im Januar 1943 zur Waffen-SS in die Wehrmacht zurück. In den dann folgenden anderthalb Jahren hat er sich als Arzt des 9. SS-Panzer-Regiments „Hohenstaufen“, vorwiegend im besetzten Frankreich aufgehalten. Bei der alliierten Landung in der Normandie wurde sein Regiment fast vollständig aufgerieben. Am 2.7.1944 traf eine Granate sein Lazarett bei Neuilly und verletzte ihn so schwer, dass man ihm in der Eile des Rückzugs beide Beine amputierte.

Den Rest des Krieges verbrachte er in unterschiedlichen Lazaretten und danach fast zwei Jahre in einem US-amerikanischen Internierungslager, bis die verstreute Familie im Herbst und Winter 1947/48 in einer Kleinstadt am Rande des Ruhrgebiets allmählich wieder zusammenfand.

Am 23. 4.1948 wurde er von dem zuständigen Kreisrentnazifizierungsausschuss als „entlastet“ eingestuft.

III. Perspektivenwechsel

Der Archivbesuch in Ludwigsburg 2012 geriet zum Tiefpunkt meiner Nachforschungen wie auch der inneren Auseinandersetzung mit meinem Vater.

Ich musste zur Kenntnis nehmen, dass mein Vater schrecklich geirrt, ja mehr noch, schrecklich gefehlt hat. Er war ein überzeugter Nationalsozialist. Es gab einen antisemitischen Grundton in seinem Diskurs. Er agierte innerhalb dieses politisch-weltanschaulichen Systems, dem er sich freiwillig zur Verfügung gestellt hatte.

Alles in Allem, seine Aussagen und seine Persönlichkeit betrachtend, fand ich in Ludwigsburg und in der Zeit danach zu der Auffassung, dass eine aktive Verstrickung meines Vaters in die Massenmorde der Einsatzgruppe unwahrscheinlich und eine Rolle als bewusster Zuschauer bei den Exekutionen wenig wahrscheinlich war.

Aber es ist offensichtlich - er selbst deutet es ja auch an - dass er unmöglich „nichts gewusst“ hat. Unübersehbar, unüberhörbar mussten sich die grausigen Aktivitäten und Erlebnisse in den einzelnen Kommandos auch im Stab der Einsatzgruppe vermitteln.

Mehr als das: Auch wenn er als sicher hingebungsvoll arbeitender Arzt nicht zum Mörder wurde, so gehört er doch durch seine hohe Identifikation mit dem Nationalsozialismus und seine 18-monatige Zugehörigkeit zu einer Einsatzgruppe eindeutig auf die Seite der Täter.

Über seine Motive, seine intellektuellen und emotionalen Verarbeitungsprozesse aber kann ich nur spekulieren. Die Protokolle der drei staatsanwaltlichen Zeugenvernehmungen aus späteren Jahren spiegeln wohl eher die Bewusstseinshaltung seiner Epoche und persönliche Verteidigungsstrategien wider als eine belastbare Selbstreflexion.

Erhaltene Briefe und Gedichte meines Vaters aus der Nachkriegszeit sprechen dagegen von depressiven Zuständen, von einem inneren Verlust, von Desillusionierung, von einer Hinwendung zum Christentum, ohne allerdings je konkret oder gar politisch zu werden. In den späteren Jahren – vor allem

als Reaktion auf die sich immer mehr Gehör verschaffende 68er Bewegung – schien ein tief verwurzelter Antikommunismus wieder die Oberhand zu gewinnen und sich mit einem zunehmenden Konservativismus zu verbinden.

IV. Und ich?

Seit fast zehn Jahren beschäftige ich mich – immer wieder auch innehaltend – mit der NS-Geschichte meines Vaters und setze mich gedanklich und emotional mit meinen Erinnerungen und den Dokumenten auseinander.

Es war – und ist – ein Wechselbad der Gefühle.

Am Anfang stand schiereres Entsetzen – aber auch die Enttäuschung darüber, dass die moralische Integrität meines Vaters sich als brüchig erwies; und dass er mich mit diesen furchtbaren Verdächtigungen allein gelassen und nicht den Mut gefunden hatte, mit mir darüber zu sprechen. Am besten hätte dies – so war mein irrationaler Wunsch – in einer reflektierten und selbstkritischen Weise geschehen sollen.

Meine Einschätzungen schwankten je nach Stimmungs- und Dokumentenlage. Aber mit der Zeit, und fast unbeabsichtigt, rückte auch ich selbst immer mehr in den Radius der Betrachtung.

Ich musste – zögernd – zur Kenntnis nehmen, dass er gar nicht in einem so konsequenten Schweigen verharrte, wie ich es mir offensichtlich zurechtgelegt hatte. Es gab – wie eingangs erwähnt – Gelegenheiten,

in denen ich hätte nachfragen, nachbohren können – und es nicht tat. Weil der Zeitgeist es nicht hergab? Weil ich zu feige war? Weil ich mich vor der Antwort fürchtete?

Auch meine aggressiven Vorwürfe aus der 68er Zeit sehe ich inzwischen weniger heroisch, als ich es lange empfand. Sie waren zwar von gerechter Empörung getragen, doch lag diese im Zeitgeist. Es war auch viel antiautoritäre Attitüde dabei, eine Portion Triumph, das Familienoberhaupt, die Elterngeneration von ihrem moralischen Sockel herunterholen zu können. Aber es lag ihnen kein wirkliches Erkenntnisinteresse zugrunde und noch weniger der Respekt vor seiner persönlichen Integrität.

Heute wird mir deutlich, dass ich mich – vor allem nach dem Tode meines Vaters – mit einer fast obsessiven Unermüdlichkeit dem Thema Nationalsozialismus gewidmet habe. In meiner Schule war ich die Adresse (und auch das Feigenblatt) für alle mit diesem Gebiet zusammenhängenden Mitteilungen und Anfragen. Aber auch privat erlaubte (und erlaube) ich mir nur selten eine andere Lektüre als zu dieser Thematik.

So denke ich, dass darin auch so etwas wie das „kollektive schlechte Gewissen“ der Familie wirksam ist. Nicht zufällig scheinen mir der Weggang meines Vaters zu den Einsatzgruppen, die ohnmächtig empföhrte Rückkehr meiner Mutter in ihr Elternhaus und meine Geburt zeitlich so nahe beieinander zu liegen. Da es danach – in beiderseitigem Versagen – nie zu einem echten Gespräch zwischen uns kam, ist

gewissermaßen die elterliche „Schuld ins familiäre Unterbewusstsein“ gesunken und ich, als Älteste und Betroffene, habe es übernommen sie abzutragen. Natürlich weiß ich, dass ich weder etwas gutmachen kann noch muss, doch ist da ein anhaltend starkes Gefühl des Involviertseins.

Anders als mein Bruder, der sich (und mich) fragt, ob wir das Recht haben, „die unbekannte Geschichte unseres Vaters“ ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen und damit bekannt zu machen, anders als meine Schwester, die meine Haltung zu „defensiv“ findet, verstehe ich mein Nachforschen und Nachdenken darüber vor allem als eine Art Selbstvergewisserung. Denn unbeantwortet und unablässig bohrend erhebt sich die Frage: Wo hätte ich gestanden? Wie viel Distanz hätte ich gewahrt? Wäre es mir möglich gewesen, mein Mitgefühl mit den Ausgegrenzten, Gedemütigten zu erhalten?

Erst kürzlich, auf der Tagung des Studienzentrums von Neuengamme (zum Thema „Der Umgang mit nationalsozialistischer Täterschaft in den Familien von TäterInnen und NS-Verfolgten sowie in der Gesellschaft von 1945 bis heute“) wurde mir klar, dass meine Nachforschungen nicht nur eine private Angelegenheit sind, sondern auch eine gesellschaftliche Dimension besitzen: Sind sie nicht auch ein wichtiger, vielleicht sogar hilfreicher Beitrag zum Verständnis der Fragen wie konnte ein ‚ganz normaler Mensch‘ zum Täter werden? Wie konnte eine übergroße Mehrheit der Gesellschaft zu Mittätern werden?

Wäre es nicht sogar notwendig, dass in allen Familien gefragt und geforscht wird, um besser zu verstehen, was in Deutschland nach 1933 geschehen ist?

Brücken bauen

Seit Kurzem gibt es Anzeichen, dass mein Vater doch, entgegen seiner Behauptungen als Zeuge in SS-Prozessen, bei mindestens einer der Massenerschießungen 1941 in der Ukraine dabei war.

Ich weiß noch nicht, was ich mit dieser neuen Information anfangen werde.

Doch weiß ich, dass die in der Gedenkstätte Neuengamme initiierten Gespräche mit Jean-Michel Gaussot und Yvonne Cossu, Sohn bzw. Tochter von in Neuengamme umgekommenen französischen Häftlingen, sowie mit anderen Betroffenen der zweiten und dritten Generation die Chance bieten gemeinsam neue Wege im Umgang mit dieser nicht enden wollenden Vergangenheit zu suchen.

Literatur

[1] Geneviève Hesse, Und wenn Opa und Oma doch Nazis waren? In: Psychologie Heute, Juni 2011, S. 77

Über die Autorin

Barbara Brix, als Barbara Kroeger 1941 in Breslau geboren, war Lehrerin für Geschichte, Französisch und Spanisch, zuletzt am Hamburger Gymnasium Klosterschule, und führte zahlreiche Projekte zum Thema „Holocaust“ durch.

2007/2008 verbrachte sie ein Freiwilligenjahr mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in der südfranzösischen Gedenkstätte Rivesaltes. Sie ist Vorstandsmitglied im Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme und seit vielen Jahren in der Gedenkstättenarbeit aktiv.

Täter und Gehilfen – zwischen Freiwilligkeit und Zwang

Von Angelika Benz

Noch im Juli 1941 formulierte Hitler in einer internen Besprechung: „Nie darf erlaubt werden, daß ein Anderer Waffen trägt, als der Deutsche! Dies ist besonders wichtig; selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden unterworfenen Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbedingt und unweigerlich eines Tages gegen uns aus. Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe, nicht der Tscheche, nicht der Kosak oder der Ukrainer!“ Ebenso klar äußerte er sich die Kriegsführung gegen die Sowjetunion betreffend. Im März 1941 hielt er vor rund 250 hohen Offizieren eine Rede und schwor sie darin auf seine Kriegsziele ein: „Es handelt sich um einen Vernichtungskampf. [...] Wir führen nicht Krieg, um den Feind zu konservieren. [...] Das ist keine Frage der Kriegsgerichte. [...] Der Kampf wird sich sehr unterscheiden vom Kampf im Westen. Im Osten ist Härte mild für die Zukunft. Die Führer müssen von sich das Opfer verlangen, ihre Bedenken zu überwinden.“ (Halder, KTB II, S. 336 (30.3.1941))

Angesichts dieser Worte und der Tatsache, dass 2,6 bis 3,3 Millionen der 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Kriegsgefangenschaft umkamen, stellten die Trawniki-Männer, bei denen es sich größtenteils um sowjetische Kriegsgefangene handelte, eine der außergewöhnlichsten Hilfstruppen der Deutschen dar. Im

SS-Ausbildungslager Trawniki etwa 35 km südwestlich von Lublin ausgebildet, wurden sie als verlängerter Arm der SS eingesetzt, um die eroberten Ostgebiete zu verwalten. Sie wurden unter anderem zur Erntearbeit, zu diversen Objektschutzaufgaben und anderen personalintensiven Tätigkeiten herangezogen. Vor allem aber nutzte die SS sie als Handlanger bei den Ghettoräumungen, der Begleitung von Deportationszügen und der Bewachung der drei Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“: Belzec, Sobibor und Treblinka.

Etwa 5.000 Mann durchliefen das System Trawniki. Neben gefangenen Rotarmisten waren auch freiwillige und zwangsrekrutierte Bewohner des Generalgouvernements, insbesondere Ukrainer aus Galizien, unter ihnen. Ihre rechtliche Stellung war nicht eindeutig. Zunächst bildeten sie eine Mischung aus Schutzmannschaft – so von Himmlers persönlichem Stab bezeichnet –, Waffen-SS-Gefolge, Hilfspolizei und mehr oder weniger rechtlosen Hilfstruppen. Bis März 1942 hießen sie offiziell „Wachmannschaften des Beauftragten des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum“, ab März 1942 „Wachmannschaften des SS- und Polizeiführers Lublin“.

Zusammenarbeit oder Unterdrückung

Die Zusammenarbeit zwischen Trawniki-Männern und deutscher SS war von Misstrauen, Angst und Willkür geprägt.

Insgesamt floh über ein Drittel der Trawniki-Männer, ein Teil von ihnen schloss sich den Partisanen ein, andere tauchten unter oder suchten den Weg zurück in die Heimat. Den Akten nach beschwerten sich ihre Vorgesetzten hauptsächlich über Trunkenheit, Schlafen während des Wachdienstes, unerlaubtem Verlassen der Lager und Disziplinosigkeit. Die Trawniki-Männer unterstanden einer harten Disziplinarordnung und selbst für kleinere Vergehen drohten ihnen schwere Strafen. Für sie galt auch die Prügelstrafe, auch wenn sie, im Gegensatz zu den jüdischen Häftlingen, ihre Hosen dabei anbehalten durften.

Je nach Herkunft, Sprachkenntnissen und Situation konnten die Trawniki-Männer Privilegien wie Urlaub, Zugang zu gemeinsamen Saufgelagen mit ihren Vorgesetzten oder ein Begräbnis in allen Ehren (sowie Hinterbliebenenrente für ihre Familien) erhalten und sich mit Reichsdeutschen anfreunden. Gleichberechtigt waren sie dabei jedoch nie. Überlieferungen von jüdischen Häftlingen berichten von grausamen Spielen auf Kosten der Häftlinge, bei denen Trawniki-Männer und SS sie quälten. Es gibt jedoch auch zahlreiche Fälle, in denen die Trawniki-Männer ihrerseits von der SS misshandelt, gequält oder umgebracht wurden. Eine Szene in Treblinka macht dies deutlich: Der Kommandant Christian Wirth versetzte dem Ukrainer, der dem zuständigen SS-Mann half, den Motor, dessen Abgase in die Gaskammer geleitet wurden, zu reparieren, ein Dutzend Peitschenhiebe ins Gesicht, weil er über die Verzögerung verärgert war.

In Belzec ließ der Kommandant Gottlieb Hering zwei Trawniki-Männer, die sich nicht am Judenmord beteiligen wollten, zunächst in einen Bunker sperren. Dann mussten sie Häftlingskleidung anziehen und wurden erschossen.

Handlungsoptionen und Motive

Das Motiv der Trawniki-Männer in deutsche Dienste zu treten war, im Falle der Kriegsgefangenen, den dramatischen Verhältnissen in den Kriegsgefangenenlagern zu entgehen. In den katastrophal überbelegten Lagern ohne sanitäre Einrichtungen, ausreichende Verpflegung oder ein Dach über dem Kopf erwartete sie der Tod, sodass eine Kooperation mit den Deutschen eine Chance zu überleben darstellte. Die jungen Rotarmisten waren sich darüber bewusst, dass sie mit ihrer Gefangennahme zu Vaterlandsverrätern geworden waren und ihnen eine Rückkehr in die Heimat verwehrt war. Dies ist für das Selbstverständnis und die Situation der Trawniki-Männer eine nicht unerhebliche Tatsache.

Die Handlungsoptionen der Trawniki-Männer hingen von ihrer Stellung, ihrem Einsatzort und weiteren Faktoren wie ihren Sprachkenntnissen ab. In den Vernichtungslagern der „Aktion Reinhardt“ reicht die Bandbreite von brutalem Vorgehen gegen Juden und einer Adaption des deutschen Verhaltens bis hin zu Hilfestellungen für Juden und deren Mitnahme bei der Flucht aus dem Lager.

Festzuhalten bleibt, dass die Deutschen ein System des Misstrauens und der Angst

schufen, bei dem die Einbindung der Opfer in ihre eigene Ausbeutung und letztlich Vernichtung zentral war. In diesem perversen System verschwimmen die Grenzen von Opfer und Täter bisweilen, wie die Diskussionen um die Kapos zeigen.

Nachkriegsgeschichte – Nachkriegsidentitäten

Bezeichnend ist, dass nichts über Kontakte zwischen ehemaligen Trawniki-Männern nach Kriegsende (von einer kurzen Nachkriegsphase abgesehen) bekannt ist und, dass es auch keine Memoiren oder Lebenszeugnisse gibt. Vermutlich aus Scham und aus Nichtzugehörigkeit zur Opfer- bzw. Täterseite fehlen Aufzeichnungen und Einblicke in diese Welt. Ein Vergleich mit den SS-Fallschirmjägern, die sich bis heute treffen und selbstbewusst in die Kamera spucken, wenn sie von Journalisten gefilmt werden, verdeutlicht den Unterschied.

Der Prozess gegen John (Iwan) Demjanjuk hat das öffentliche Interesse, wenn auch nur kurz und nicht besonders tiefgehend, auf diese Gruppe von Gehilfen am Judenmord gelenkt. Auch wenn der Prozess das Gefühl der Unzulänglichkeit der Justiz angesichts der komplexen Probleme des Holocaust hinterlässt, so hat er doch einmal mehr gezeigt, wie schwer der Umgang mit den NS-Verbrechen und wie heikel die Frage nach der Schuld von Individuen wie von Kollektiven bis heute ist. Der Prozess hat aber auch – und das ist juristisch gesehen ein großer Schritt – die Möglichkeit geschaffen, Menschen wegen der Beteiligung an einem Mord

zu verurteilen, auch wenn ein individueller Tatnachweis nicht möglich ist. Das bedeutet, dass jemand aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einem Kollektiv – in diesem Fall der Wachmannschaft im Vernichtungslager – angeklagt und des Mordes oder der Beihilfe verurteilt werden kann. Dieser wichtige Schritt kommt wahrscheinlich zu spät für weitere Verfahren, doch er zeigt die Bereitschaft der Justiz, sich dem Thema Völkermord von einer anderen Seite zu nähern und dem komplexen und arbeitsteiligen Massenmorden in den Vernichtungslagern damit gerechter zu werden.

Der Fall deckte aber auch auf, welches Identitätsproblem für die (Mit-)Täter nichtdeutscher Nationalität an den Untaten der SS besteht, denn sie haben durch ihre Beteiligung an den deutschen Verbrechen jegliche Identität und jegliche Zugehörigkeit verloren. Das macht die Frage der Schuld noch komplexer. Unter den Trawniki-Männern befanden sich Nutznießer und Mitläufer des deutschen Systems, die Mehrheit jedoch waren tragische Figuren, die, um zu überleben, von Opfern zu Tätern wurden. Sie haben sich schuldig gemacht an furchtbaren Verbrechen, die nicht ihre waren.

Über die Autorin

Dr. Angelika Benz ist Historikerin. Ihre Dissertation ist unter dem Titel „Handlanger der SS. Die Trawniki-Männer im Holocaust“ erschienen.

Der Umgang mit der Erinnerung an national-sozialistische Besatzung, Shoah und Kollaboration in Lettland und Litauen

Von Ingolf Seidel

Die folgenden Ausführungen sind im Wesentlichen inspiriert durch eine Exkursion zu Gedenkstätten und Orten der Zeitgeschichte in Lettland und Litauen, die der Bayerische Jugendring im Zeitraum vom 4. bis 11. Juli 2016 anbot. Der Autor nahm als Teilnehmer an dieser Reise teil. Als fachkundige Historikerin stand uns in Litauen die Historikerin Dr. Ekaterina Makhotina zur Seite.

Die historische Situation

In beiden Ländern wurden die deutschen Besatzer nicht nur als Befreier begrüßt; es gab darüber hinaus eine intensive Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten im Bereich der Zivilverwaltung. Litauer_innen und Lett_innen beteiligten sich auf das Grausamste an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung. In der Lettischen Legion der Waffen-SS hatten während des Krieges etwa 160.000 Letten gedient, teils freiwillig, teils unter Zwang. Sie waren an Massenerschießungen, Brandschatzungen und als Lagerwachen an Kriegshandlungen und der Partisanenbekämpfung beteiligt. Nach 1990/91 wurden diese Kollaborateure als Freiheitskämpfer geehrt (Quelle: Gedenkstättenportal). Das Verhalten der Bevölkerung in den beiden baltischen Staaten ist sicherlich ohne Bezugnahme auf die stalinistischen Säuberungen vor allem in

der Zeit von 1940-41 nur schwer erklärbar. Dies gilt auch für die Erinnerung an die sowjetische und die nationalsozialistische Besatzung, die jeweils unterschiedlich bewertet werden müssen. Wie die Historikern Katrin Reichelt für Lettland ausführt, kann jedoch nicht „die Gesamtheit des Verhaltens der lettischen Bevölkerung gegenüber den einheimischen Juden während des Holocaust auf die Schreckenserfahrung der sowjetischen Besatzung bzw. die Stellung der Juden innerhalb dieser Schreckensherrschaft zurückgeführt und darauf reduziert werden“ (Reichelt : 2011, 64). Die Problematik ist multifaktoriell und kann an dieser Stelle nur verkürzt angerissen werden.

Wie Estland wurden auch Litauen und Lettland im Ribbentrop-Molotov-Pakt der sowjetischen Einflussphäre zugeordnet. Nachdem Litauen und Lettland von sowjetischer Seite aus ein Beistandspakt aufgenötigt wurde, der die Einrichtung von Militärbasen vorsah, besetzte am 16. Juni 1940 die Rote Armee Lettland. Litauen wurde bereits zwei Tage vorher okkupiert. In Lettland führte die Besatzung zum Ende der Diktatur von Kārlis Ulmanis, die in der Literatur als relativ milde beschrieben wird, obwohl der Diktator durchaus antisemitische Züge aufwies. Die folgende Besatzung war eine ausgesprochen blutige. Beide Länder sollten rasch sowjetisiert werden und ein Zustand der Entrechtlichung sowie Deportationen von Zehntausenden in die sibirischen Gulags waren der Ausdruck eines alltäglichen Terrors. Ein nicht geringer Teil der Juden in beiden Ländern stand dem sowjetischen Regime

skeptisch gegenüber, allein weil der Großteil der jüdischen Bevölkerung religiös und nicht kommunistisch gesinnt war (Reichelt : 2011, 64; Eidintas : 2003, 17). Dennoch war das Sowjetsystem, vor allem für junge Jüdinnen und Juden, im Vergleich zum Nationalsozialismus das kleinere Übel. Für manche lettischen Juden ergab sich eine gewisse Attraktivität der sowjetischen Herrschaft daraus, dass „die Administration der neuen Machthaber in Lettland vielen Juden den Einstieg in den politischen und administrativen Apparat in einem Maß (bot, der Autor), den die Ulmanis-Regierung nicht zugelassen hatte“ (Reichelt : 2011, 64). Die Mehrheit der lettischen und litauischen Jüdinnen und Juden stand jedoch allein aufgrund ihrer Religiosität dem Sowjetsystem skeptisch gegenüber. Unabhängig von den Realitäten brach sich das antisemitische Stereotyp vom „kommunistischen Juden“ nachhaltig in beiden hier betrachteten Ländern Bahn. Die Basis dafür bot in Litauen „die traditionelle, historisch gewachsene und auf dem Katholizismus gründende Judenfeindlichkeit eines Teils der Litauer“ (Eidintas : 2003, 19).

In Litauen ermordeten während der nationalsozialistischen Besatzung Deutsche und Litauer ungefähr 160.000 Menschen. Rund 40.000 Überlebende wurden in die Ghettos von Kaunas, Vilnius und Šiauliai gepfercht. Insgesamt überlebten gerade einmal 10.000 Jüdinnen und Juden den Massenmord in Litauen (vgl. Tauber : 2010, 47). In Lettland lebten zum Zeitpunkt des Angriffs deutscher Truppen auf die Sowjetunion am 22. Juli 1941 noch 70.000 Jüdinnen und Juden.

Wie zehntausende anderer Lett_innen auch, wurden zuvor vom sowjetischen Geheimdienst NKWD über 23.000 Jüdinnen und Juden in die sibirischen Gulags deportiert oder konnten in das Landesinnere fliehen. (Quelle: Gedenkstättenportal)

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die baltischen Staaten erneut von der Sowjetunion besetzt und als Lettische, bzw. Litauische SSR in die Sowjetunion eingliedert.

Besuch historischer Orte in Lettland

Von den Stationen der Exkursion in Lettland sollen an dieser Stelle einzelne besonders hervorgehoben werden. Zu den besuchten Orten gehörten neben anderen die Gedenkstätten von Rumbula, Salaspils und Bikerniki sowie das Okkupationsmuseum, das KGB-Haus in Riga sowie der ehemalige jüdische Friedhof in der Moskauer Vorstadt. Einige dieser Orte stelle ich im Folgenden vor.

Das Okkupationsmuseum überliefert in erster Linie ein nationales Narrativ von Letten als ausschließlichen Opfern zweier Besatzungen und arbeitet mit historischen Verkürzungen mit vor allem russophoben Anklängen. Die NS-Kollaboration kommt quasi nicht vor, bzw. wird als reine Zwangsmaßnahme der Deutschen dargestellt. Lettischer Antisemitismus oder Kollaboration? Der ist keiner Erwähnung wert. Stattdessen wird lettische Judenrettung auf zwei Tafeln im Vergleich zu anderen Themen verhältnismäßig breit dargestellt. Durch die bloße Aneinanderreihung der unterschiedlichen

Besetzungen wird ein totalitarismustheoretisch begründetes Narrativ transportiert, das die Spezifika und Unterschiede zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus einebnet. Für Feinheiten wie die dass die Eingliederung Lettlands in die Sowjetunion ohne einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung reibungslos kaum möglich gewesen wäre, ist hier kein Raum. Eine Führung durch das KGB-Haus blieb erstaunlich arm an historischen Fakten. Sichtlich soll hier die düstere Atmosphäre der ehemaligen Zellenstränge vor allem Emotionen wecken. Die Quintessenz lautete: Es war alles schlimm und grausam und beruhte ausschließlich auf den Taten der "Anderen". Nach Auskunft der Guides scheint es an einer tiefergehenden gesellschaftlichen Aufarbeitung, jenseits der offiziellen Geschichtserzählungen, von stalinistischem Terror und Staatssozialismus kaum Interesse zu geben, noch weniger an einer Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Besatzung und mit Kollaboration.

Eine weitere Exkursion begann in Riga an der zerstörten Synagoge Gogola Str. mit einem Denkmal für lettische Judenretter_innen am Rande der Moskauer Vorstadt, dem ehemaligen Viertel der vorwiegend armen und proletarischen Juden und Jüdinnen. Dort lebte auch der Historiker Simon Dubnow. Die Deutschen errichteten dort das, genauer die beiden, Ghettos von Riga. Die Spuren eines alten jüdischen Friedhofs am Rande des Bezirks sind kaum mehr auszumachen, sieht man von einigen Steinen und einem Denkmal ab. Das Thema Kollaboration kam in der Reisegruppe immer wieder

auf. Der Umgang der lettischen Stadtführerin damit war ausgesprochen offen und nicht von Relativierungen geprägt.

Auf unterschiedliche Weise eindrucksvoll und erschütternd waren die Besuche an den Erschießungsplätzen im Wald von Rumbula und am Denkmal von Bikerniki.

Rumbula liegt acht Kilometer außerhalb von Riga an einer vielbefahrenen Straße. Dort wurden 25.000 Jüdinnen und Juden, überwiegend aus dem Rigaer Ghetto, ermordet. Die Erschießungen durch die SS begannen Ende November 1941 unter dem Kommando des Höheren SS- und Polizeiführers Ostland Friedrich Jeckeln. Zur Bewachung der Fußmärsche der Ghettobewohner_innen an die Mordstätte wurden überwiegend lettische Kollaborateure eingesetzt. Während der Sowjetzeit gab es als Erinnerung an die Massenerschießungen ein Ehrenmal, das in russischer, lettischer und jiddischer Sprache den "Opfern des Faschismus, 1941 bis 1944" gewidmet war. Jüdinnen und Juden finden im Rahmen der universalistischen sowjetischen Deutung der Shoah keine Erwähnung als spezifische Opfergruppe. Einen ersten Gedenkstein, der Jüdinnen und Juden benennt, stellte die Menschenrechtsorganisation "Memorial" im Jahr 1990 auf. Am 29. November 2002 wurde schließlich ein von der lettischen Regierung angeregtes Denkmal eingeweiht. Es besteht aus einer stilisierten Menora, um die herum Steine mit den Namen von Ermordeten aufgestellt wurden (vgl. Gedenkstättenportal).

Auch im Wald von Bikerniki, östlich von Riga gelegen, ermordeten die SS und lettische Kollaborateure zehntausende Jüdinnen und Juden. Die Opfer stammten vorwiegend aus Deutschland, Lettland, Tschechien und Österreich. Alleine bis Oktober 1941 wurden 6.300 Jüdinnen und Juden aus Riga und Umgebung erschossen. Insgesamt wurden bis zur Eroberung durch die Rote Armee in Bikerniki bis zu 45.000 Menschen ermordet, von denen ca. 25.000 aus dem Deutschen Reich kamen. Das Denkmalensemble wurde am 30. November 2001 eingeweiht. Das zentrale Mahnmal ist von mehreren tausend Steinen umgeben. Außerdem sind die Orte, aus denen die Opfer stammten gekennzeichnet (vgl. Gedenkstättenportal). Finanziert wurde die Anlage durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Wie auch in Rumbula sind die Massengräber durch Stelen gekennzeichnet, die den Davidsstern, christliche Kreuze und Lorbeerkränze zeigen. Nach Angaben unseres Guides ersetzen die Lorbeerkränze ehemals dort vorhandene Sowjetsterne. Wann diese Veränderung vorgenommen wurde ist nicht bekannt.

Litauens widersprüchliche Erinnerung

Von den besuchten Erinnerungsorten in Litauen möchte ich auch hier nur einige herausheben. Dazu gehört das Museum der Opfer des Genozids in Vilnius. Wer beim Wort Genozid an die Vernichtung der europäischen Juden denkt, täuscht sich; gemeint ist der vorgebliche Genozid an "ethnischen" Litauern während der

sowjetischen Besatzung. Im üppig ausgestatteten Museum bleibt nicht nur der Genozidbegriff unklar. Deutlich wird allerdings, dass Jüdinnen und Juden im Rahmen der Ausstellung durch ihre Nichtbenennung aus der Nation heraus definiert werden. Ansonsten handelt sich die Narration entlang einer Opfererzählung über die litauische Nation. Ausgespart werden konsequenterweise die Jahre 1941-44 und somit die Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern. Stattdessen werden positive Bezüge von den antikommunistischen Partisanen, v.a. den "Waldbrüdern" bis zu den Menschenketten im Jahr 1991 hergestellt. Dass man sich dabei in eine Tradition mit eben den auch antisemitisch gesinnten „Waldbrüdern“ stellt, scheint den Ausstellungsmacher_innen entweder nicht bewusst zu sein, oder es wird zugunsten der Konstruktion des nationalen Narrativs in Kauf genommen. Auch, dass es zwischen der Stalin-Zeit und der Chrustschow-Periode gravierende Unterschiede gab, ist der Ausstellung gerade mal einen Nebensatz wert. Obwohl eine Schautafel deutlich zeigt, dass der litauische KGB sich in erster Linie aus Litauern rekrutierte, wird dieser Umstand in keiner Erläuterung problematisiert. Litauer_innen als Täter_innen sollen in der heutigen nationalen Geschichtserzählung anscheinend nicht erwähnt werden. Diese Erzählung folgt, wie in Lettland, in erster Linie einem schlichten Totalitarismusparadigma; für Ambivalenzen bleibt kein Raum. Gut und hilfreich war die Einordnung der uns begleitenden Historikerin Dr. Ekaterina Makhotina, die zur

litauischen Erinnerungskultur forscht. Zur Vernichtung der europäischen Juden gibt es im Museum einen Raum im Kellergeschoss, der nachträglich eingerichtet wurde; eine mehr als halbherzige Konzession im Rahmen des EU-Beitritts. In einem Raum, in dem Fotos von Roma im stereotypisierendem Stil von "Landfahrerbildern" gezeigt werden, fehlt die sonst durchgängige Übersetzung ins Englische wie auch die Thematisierung des Porajmos – also des Genozids an den Roma. An den Besuch des Genozidmuseums schloss sich eine Führung durch die Altstadt von Vilnius und damit über das Gebiet des ehemaligen großen und kleinen Ghettos mit Fania Branvosky an. Fania Branvosky war als litauische Jüdin gezwungen, während der deutschen Besatzung dort zu leben. Die heute 94-Jährige gehörte zu den jüdischen Partisan_innen um Abba Kovner. Noch im Jahr 2008 ermittelte die litauische Staatsanwaltschaft gegen ehemalige Partisan_innen, bei deren Kampfhandlungen litauische Zivilist_innen starben. Zu denjenigen, gegen die sich die Ermittlungen richteten, gehörte neben Frau Branovsky auch der ehemalige Direktor von Yad Vashem Yitzhak Arad. Die damalige Kampagne des litauischen Staates trug deutlich antisemitische Züge, während von den tausenden Kollaborateuren und Direkttätern seit der Unabhängigkeit Litauens nicht ein einziger angeklagt wurde.

Die Gedenkstätte Panariai liegt ca. 12 km außerhalb von Vilnius. Dort wurden rund 100.000 Menschen ermordet, davon 70.000 Jüdinnen und Juden. Panariai gilt als zentrale litauische Mordstätte. Meh-

rere große Gruben, noch aus der Zeit der ersten sowjetischen Besatzung 1940/41 stammend, wurden von den Deutschen als Massengräber für die Ermordeten genutzt. Ursprünglich waren diese Gruben von den Sowjets als Treibstoffdepots gedacht. 1943 wurden im Rahmen der Aktion 1005 die Leichen ausgegraben und verbrannt, um die Spuren zu verwischen. Neben einem kleinen Museum, heute dem jüdischen Museum von Vilnius zugeordnet, findet man dort ein gemischtes Ensemble an Denkmälern: Für die jüdischen Opfer, für Angehörige der polnischen Armia Krajowa, randständig eines für sowjetische Kriegsgefangene sowie eines aus Sowjetzeiten für die Opfer des "faschistischen Terrors". Ein Denkmal für die ermordeten Roma gibt es nicht, sie werden auch im Museum nicht erwähnt.

Das kleine jüdische Museum, auch „Grünes Haus“ genannt, erzählt zentral über die Shoah, aber auch die 600-jährige Geschichte der litauischen Juden. Ein großes Verdienst der Museumsbetreiber_innen ist es, die Geschichte des jüdischen Widerstandes, sowohl des kulturellen, als auch des bewaffneten, ausführlich zu würdigen. Bemerkenswert ist der Unterschied hinsichtlich der Ausstattung im Vergleich zum Museum des Genozids. Sichtlich muss das jüdische Museum mit knappen finanziellen Mitteln auskommen und wirkt aufgrund der räumlichen Situation beengt.

Abschließend lässt sich festhalten, dass die besuchten Erinnerungsorte einen höchst zwiespältigen Eindruck hinterlassen. Selbstverständlich nimmt die Erinnerung

an die sowjetische Besatzung und den stalinistischen Terror einen breiten Raum in der lettischen und litauischen Erinnerungskultur ein. Es darf weiterhin nicht vergessen werden, dass die deutsche Besatzung überhaupt erst Möglichkeit und Gelegenheit zu den Morden an Jüdinnen und Juden durch Litauer und Letten geboten hat. Der sogenannte „Holocaust by bullets“ hätte jedoch ohne die Kollaboration in der bekannten und verheerenden Form wohl nicht durchgeführt werden können. Empathie wird in den verschiedenen Ausstellungen vor allem mit denen herbeigeführt, die zur litauischen Nation gerechnet werden. Juden und Jüdinnen oder sowjetische Kriegsgefangene gehören sichtlich nicht zu diesem Nationenkonstrukt. In einem Gespräch mit unserer Reisegruppe brachte der litauische Historiker Alvydas Nikžentaitis die Problematik auf den Punkt. Er würde sich wünschen, die Geschichte der sowjetischen Besatzung mit weniger Gefühl und dafür mehr Verstand zu erzählen und die Geschichte der Ermordung der jüdischen Bevölkerung dafür mit mehr Gefühl darzustellen.

Literatur

Alfonsas Eidintas: Das Stereotyp des „jüdischen Kommunisten“ in Litauen 1940-41, in: Vincas Bartusevičius, Joachim Tauber, Wolfram Wette (Hrsg.): der Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941. Köln, 2003.

Gedenkstättenportal zu Orten der Erinnerung in Europa, Lettland: <http://www.memorialmuseums.org/laender/detail/13/Lettland> (29.08.2016).

Katrin Reichelt: Lettland unter deutscher Besatzung 1941-1944. Der lettische Anteil am Holocaust. Berlin, 2011.

Joachim Tauber: „Gesplante Erinnerung“ Litauen und der Umgang mit dem Holocaust nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Micha Brumlik, Karol Sauerland (Hrsg.): Umdeuten, verschweigen, erinnern. Die späte Aufarbeitung des Holocaust in Osteuropa. Frankfurt am Main, 2010.

Die Täter-Opfer-Problematik in der Gedenkkultur am Beispiel der Kriegsgräberstätte Costermano

Von Rolf Wernstedt

Der Zweite Weltkrieg und die politischen Begleitumstände machten es den Siegern leicht, ihre gefallenen Soldaten als in einem gerechten Krieg Gefallene zu verstehen, denen Anerkennung und Ehre gebührt. Ganz anders stellt es sich für Deutschland dar. Nach übereinstimmender wissenschaftlicher und politischer Erkenntnis und Meinung kann man den Zweiten Weltkrieg als einen Angriffs- und Vernichtungskrieg bezeichnen. Erinnerungspolitisch auf der Seite der Opfer zu stehen, gehört zu den deutschen ethischen und politischen Verantwortungspflichten. Die entwickelten Formen der Gedenkstättenarbeit, der wissenschaftlichen und didaktischen Bemühungen finden fast einhellige Unterstützung aller politischen Kräfte und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Das Besondere dieser Tatsache im Unterschied zu allen anderen Nationen ist die Bereitschaft, die Schuld der damaligen Generationen und politisch Verantwortlichen anzuerkennen, zu benennen und sich verpflichtet zu fühlen, das nicht wieder zuzulassen.

Eindeutige Täter-Opfer Beziehungen am Fall Costermano

Wenn man die Täter identifiziert hat, ist die tatsächliche und erinnerungspraktische

Verurteilung keine besondere Schwierigkeit.

Auf der deutschen Kriegsgräberstätte Costermano, die 1967 für die in Norditalien umgekommenen deutschen Soldaten am Garda-See eingerichtet worden ist und auf der heute knapp 22.000 Tote liegen, kann man die damit verbundene Problematik studieren.

Dort liegen mindestens drei der schlimmsten deutschen Verbrecher, die führend an der Vernichtung deutscher geistig Behinderter („Aktion T4“) und der systematischen Ermordung polnischer Juden („Aktion Reinhardt“) beteiligt waren: Christian Wirth, Franz Reichleitner und Gottfried Schwarz. Sie waren nach Norditalien beordert, um die Vernichtung der norditalienischen und kroatischen Juden durchzuführen. Italienische Partisanen hatten sie erschossen.

Ihre Leichname waren nach dem Krieg nach Costermano umgebettet worden, ohne dass die damalige Führung des Volksbundes, der Träger des Friedhofs ist, vom Vorleben wusste oder davon Kenntnis hatte. Ihre Namen, Lebensdaten und Rangtitel waren auf den Grabsteinen angegeben.

Auf dem Friedhof wurde zudem eine besondere Form der Ehrung angebracht. Alle fast 22.000 bekannten Namen wurden in ein bronzenes Ehrenbuch eingraviert und ausgestellt.

Als im Jahre 1987 italienische Wissenschaftler und Journalisten auf die drei Täter aufmerksam wurden und von den deutschen Verantwortlichen im Volksbund und im Generalkonsulat in Mailand verlangten,

diese drei Täter in die Ehrung der Toten am Volkstrauertag nicht einzubeziehen, sondern deren Gebeine vom Friedhof entfernen und ihre Namen aus dem bronzenen Gedenkbuch tilgen zu lassen, reagierte der Volksbund traditionell.

Er meinte, dass die Totenruhe zu gelten habe und diese Toten bereits vor ihrem Richter gestanden hätten. Der damalige Mailänder Generalkonsul allerdings weigerte sich, beim Volkstrauertag zu reden, bevor dieses Problem nicht gelöst sei. Anstatt darauf inhaltlich zu reagieren, bekam er vom Auswärtigen Amt disziplinarische Schwierigkeiten, die nur durch die Intervention des damaligen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Heinz Westphal, abgewendet werden konnten.

Die Folge war, dass zum Volkstrauertag in jedem Jahr italienische Zeitungen groß über den „Mörderfriedhof“ schrieben und Demonstranten die von dem Konflikt gar nicht berührten deutschen trauernden Verwandten durch ein Spalier von protestierenden Transparenten gehen ließen. Auch die Entscheidung des Volksbundes in den 90er Jahren, den Titel des Bronzebuches als „Ehrenbuch“ zu entfernen, führte zu keiner Beruhigung.

Es ist zu kritisieren, dass sich der Volksbund nicht ernsthaft mit dieser Situation beschäftigt und auf eine sinnvolle Lösung hingearbeitet hat. Die traditionelle Auffassung im Volksbund hatte sich auf die Anlage, Pflege und Instandhaltung der Friedhöfe und die Betreuung der Angehörigen konzentriert,

sich aber der seit Jahrzehnten andauernden Erinnerungsdebatte nicht mit gleicher Intensität gewidmet, auch wenn viel über Versöhnung und Friedensarbeit gesprochen und getan worden ist. Hinderungsgrund für eine solche Auseinandersetzung war die Furcht, dass man auf allen Friedhöfen nach belasteten Namen suchen und die Gebeine entfernen sollte.

Der Wissenschaftliche Beirat beim Volksbund, der im Jahre 2005 gegründet wurde, hat für Costermano einen Vorschlag erarbeitet, dessen Hauptpunkte sind:

- Die Gebeine bleiben auf dem Friedhof, weil in unserer Kultur jedem Individuum ein Grab gebührt.
- Die Rangbezeichnungen werden von den Grabsteinen gelöscht.
- Die bronzenen Buchtafeln werden insgesamt entfernt und in ein Sepulkralmuseum verbracht, weil nicht auszuschließen ist, dass noch andere Namen mit Verbrechen in Verbindung gebracht werden könnten und eine anlassbezogene Entfernung die Neugier nach den entfernten Namen anfachen würde.
- Im Eingangsbereich des Friedhofs wird eine kurze historische Erklärungstafel angebracht und auch auf die Verbrechen und die dort liegenden Personen hingewiesen.

Der mit dem Auswärtigen Amt unter Mithilfe des Instituts für Zeitgeschichte und dem Deutschen Historischen Institut in Rom erarbeitete Text hat die Zustimmung der

italienischen Seite erhalten. Er lautet in der entsprechenden Passage: „Es ist nicht auszuschließen, dass unter den hier 22.000 begrabenen Soldaten auch solche sind, die an Kriegsverbrechen in Italien beteiligt waren. Gegenwärtig weiß man jedoch, dass einige SS-Funktionäre, die hier begraben sind, aktiv und verantwortlich an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen und in Italien mitgewirkt haben - allen voran Christian Wirth als Inspekteur der Vernichtungslager. Diese Männer waren abkommandiert worden, um die Verfolgung von Juden und Partisanen im Nordosten Italiens und in Istrien in die Wege zu leiten.

Die hier liegenden Toten mahnen uns zu Frieden und Versöhnung. Auch die Schuldigen, die hier begraben sind, mögen ihre letzte Ruhe finden, obwohl sie unaussprechliches Leid über viele Menschen und ihre Familien gebracht haben. Ihre Verbrechen sind uns jedoch zugleich Aufforderung, aus der Geschichte zu lernen und auch unter schwierigen Umständen stets für die Achtung der Menschenrechte und -würde einzutreten.“

Seit dem Volkstrauertag 2006 gibt es in Costermano keine Demonstrationen mehr. Auch die Befürchtung, dass mit der Erwähnung der dort liegenden Verbrecher eine Diskriminierung der anderen dort liegenden unbelasteten Soldaten verbunden sei und diese gleichsam an einen postmortalen Pranger gestellt würden, ist nicht eingetreten.

Vorgehensweise und Lösung des Problems in Costermano haben paradigmatische Bedeutung für alle Friedhöfe. Es gibt Friedhöfe, in denen bekannte Kriegsverbrecher liegen und deren historische Einordnung bisher nicht öffentlich am Friedhof bezeugt wird. Das ist z. B. auf dem Friedhof in La Cambe in der Normandie der Fall, auf dem u. a. der SS-Führer Diekmann mit vielen seiner Männer liegt, die das Massaker von Oradour zu verantworten haben. Französische Veteranenverbände möchten nicht, dass es eine Debatte darüber gibt, dass Franzosen (Elsässer in der Einheit von Diekmann) Franzosen ermordet haben. In Maleme auf Kreta ist der letzte wegen besonderer Grausamkeit zum Tode verurteilte deutsche General Müller begraben. Außerdem liegt dort der für die Deportation griechischer Juden verantwortliche General Bräuer. Dies ist seit fünf Jahren dort zu lesen.

In Polen gibt es Gespräche darüber, wie mit den Grabstätten der Angehörigen der Gruppe „Dirlewanger“, die besonders für die blutigen Massaker an den polnischen Aufständischen 1944 verantwortlich war, umzugehen ist.

Grundsätzliches zur Opfer-Täter-Problematik bei deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges

Der Charakter des Zweiten Weltkrieges mit der deutschen Verantwortung und die gegebene Befehlsstruktur machen eine präzise und gerechte Gedenkhaltung schwierig.

Mehr als 12 Millionen Soldaten standen auf deutscher Seite unter Waffen, dazu kamen noch etwa eine Million Angehörige der Waffen-SS, die größtenteils aus überzeugten Nationalsozialisten aus Deutschland, Holland, Belgien, Norwegen und anderen Nationen bestand, aber auch unfreiwillig eingezogene junge Männer in ihren Einheiten hatte.

Etwa fünf Millionen sind gefallen. Zwei Millionen haben bis 1990 in den westlichen Ländern und Nordafrika ein Grab gefunden. Eine Million sind in sowjetischer Kriegsgefangenschaft unter entsetzlichen Bedingungen gestorben, 800.000 sind seit 1990 in Mittel- und Osteuropa gefunden und größtenteils identifiziert worden, etwa eine Million werden wohl nie mehr gefunden.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat jahrzehntelang den Aspekt des individuellen Todes gepflegt, die verständliche Rücksicht auf die Angehörigen vorbildlich betrieben und die „Versöhnung über den Gräbern- Arbeit für den Frieden“ zu seiner Leitlosung gemacht und in Jugendcamps zu realisieren versucht.

Die Frage nach Schuld und Verantwortung von Wehrmachtsführung und einzelnen Soldaten wurde weitgehend ausgeblendet. Die Rücksicht auf die Angehörigen und ihre Bedürfnisse, den Soldatentod in der gleichen traurigen Unschuld zu sehen, wie schon nach dem Ersten Weltkrieg in den Familien eingeübt, mag eine Begründung sein.

Nachdem in der Forschung, im öffentlichen Diskurs und in den Schulen längst über die

Schuldfrage Klarheit bestand, sickerte auch beim Volksbund langsam die Frage nach der jeweiligen Verantwortung in den Blick. Dabei war immer die Frage bedeutsam, inwieweit es seriös ist, als Nachgeborener in Kenntnis des Ausgangs der Geschichte nicht billige Nachtreterei zu betreiben.

Unter diesem Gesichtspunkt bleibt es beispielsweise - auch nach damaligem Kriegsvölkerrecht - ein Kriegsverbrechen, etwa drei Millionen sowjetische Kriegsgefangene an der Ostfront und in Deutschland umkommen und krepieren zu lassen. Die Verantwortung lag bei der Wehrmacht. Desgleichen muss man konstatieren, dass direkt oder indirekt durch gewähren lassen die Wehrmacht an der Ermordung von Juden, Partisanen und an willkürlichen Gräueltaten beteiligt war oder Mitverantwortung trug. Die Wehrmachtsausstellung vor 20 Jahren hat dies trotz einiger Zuordnungsfehler eindringlich vorgeführt. Und schon Peter Bamm hat Anfang der 1950er Jahre in seinem berühmten Stalingrad-Roman „Die unsichtbare Flagge“ darauf hingewiesen.

Wer sich schuldig gemacht hat und welche Umstände zu Kriegsverbrechen führten, muss immer gesondert gefragt oder belegt werden. Es kann keine pauschale Verurteilung geben.

Die meisten Soldaten waren Opfer, viele waren Täter, und die Zahl derer, die sowohl Täter und Opfer zugleich waren, ist nicht bestimmbar. Situationen und seelische Befindlichkeiten von Soldaten nachzuzeichnen bleibt ein Erfordernis, um Verhaltensweisen

gerecht einschätzen zu können.

Für die Täter-Opfer-Problematik bleibt es festzuhalten, dass das Gedenken an die toten deutschen Soldaten nicht privatisiert und lediglich auf den individuellen Traueraspekt reduziert werden darf, zumal mit dem zeitlichen Abstand zum Krieg die Unmittelbarkeit der Betroffenheit abnimmt. Vielmehr ist die historische Einordnung bis zur möglichen individuellen Eingrenzung das Erfordernis eines gerechten Erinnerns. Alle Kriegstoten sind nicht nur einen privaten, sondern einen öffentlichen Tod gestorben. Und darüber muss auch öffentlich geredet werden.

Der häufig gehörte Vorwurf, dass sich hier die deutsche Erinnerungspraxis in einzigartiger Selbstbezichtigung darstellt, obwohl es auch Kriegsverbrechen in anderen Armeen gegeben habe, greift zu kurz. Die unzähligen Kriegsverbrechen auf alliierter Seite machen die deutsche Verantwortung für den Krieg und die Vernichtungsabsicht der deutschen Führung nicht kleiner.

Dies zu betonen ist umso wichtiger, als sich aktuell politische Populisten wieder dieses Themas annehmen.

Literatur

Willy-Peter Reese „Mir selber seltsam fremd“, München 2003.

Sönke Neitzel/Harald Welzer „Soldaten, Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben“, Frankfurt a. M. 2011.

„Soldaten und andere Opfer?“ Die Täter-Opfer-Problematik in der deutschen Erinnerungskultur und das

Gedenken an die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, Loccumer Protokolle 73, Loccum 2005.

Rolf Wernstedt „Deutsche Erinnerungskulturen seit 1945 und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Volksbund-Forum Band 2, Kassel 2009.

Hermann Düringer/Sabine Mannitz/Karl Starzacher (Hrsg.): „Möglichkeiten und

Grenzen kollektiver Erinnerung: Ambivalenz und Bedeutung des Kriegsoffer-Gedenkens“, Arnoldshainer Texte Band 140, Frankfurt a. M. 2007.

Über den Autor

Prof. Rolf Wernstedt studierte Geschichte, Philosophie und lateinische Philologie an den Universitäten Göttingen und Heidelberg.

Er war Niedersächsischer Kultusminister sowie Präsident des Niedersächsischen Landtages. Seit 2003 ist er Vorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. und war bis 2016 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates des Verbandes.

Zum Umgang mit Angehörigen der Waffen-SS auf Kriegsgräberstätten

Weimar

Von Henning Pieper

Im Jahr 1984 kam es zu einem politischen Skandal, als Bundeskanzler Helmut Kohl gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan eine Kriegsgräberstätte in Bitburg besuchte, auf der auch Soldaten der Waffen-SS begraben liegen. Auch heute noch ist es vielerorts schwierig, im Gedenken an zivile und militärische Opfer des Zweiten Weltkrieges zu einem angemessenen Umgang mit ehemaligen Angehörigen einer bewaffneten Kraft zu finden, die die Vernichtungspolitik des Dritten Reiches mit umsetzte und zu Recht während der Nürnberger Prozesse zur verbrecherischen Organisation erklärt wurde. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. ist in vielen Fällen mit der gleichen Problematik konfrontiert: Wie kann man als Angehörigenorganisation, die sowohl Gräber von Verfolgten und Opfern als auch von Tätern des NS-Regimes betreut, auf Friedhöfen mit dieser Vergangenheit umgehen? Die Komplexität des Themas lässt sich an drei Fällen darlegen. Sie zeigen entweder eine Entfernung von Hinweisen auf die Identität Verstorbener oder eine klare Benennung von Tätern und Taten sowie die Einbeziehung von Schicksalen in die Bildungsarbeit vor Ort.

Auf dem Hauptfriedhof von Weimar wurden Soldaten der Wehrmacht und zivile Tote beerdigt, aber auch SS-Wachmannschaften des Konzentrationslagers Buchenwald, die bei einem Luftangriff im Jahr 1944 zu Tode kamen. Zu DDR-Zeiten wurden die Kriegsgräber durch die Angehörigen gepflegt; die Gräber wiesen damals keinerlei Angaben zur Einheitszugehörigkeit der Toten auf. Nach der Wende kam es jedoch zu einem Skandal, als bei einer Restaurierung des Gräberfeldes Dienstgrade auf den Grabsteinen angebracht wurden und somit zwischen Wehrmachts- und SS-Angehörigen unterschieden werden konnte. Die Stadt Weimar befürchtete die Entstehung eines Wallfahrtsortes für Rechtsextreme und ließ SS-Bezeichnungen wieder von den Steinen entfernen.

Bis heute ist durch Erwähnung militärischer Rangangaben einerseits und Aussparungen unter den Namen verstorbener SS-Männer andererseits ein deutlicher Unterschied zu erkennen (zum Teil auf ein und demselben Grabstein). Bei Besuchen des Friedhofes durch Schülergruppen im Rahmen der politischen Bildungsarbeit des Volksbundes bildet dieser Umstand eine interessante Gesprächsgrundlage. Berührt werden dabei beispielsweise die Frage der Notwendigkeit einer Kennzeichnung der Truppenzugehörigkeit als auch die des ewigen Ruherechts, das laut Gräbergesetz allen im Zweiten Weltkrieg „während ihres militärischen oder militärähnlichen Dienstes“ ums Leben Gekommenen zusteht.

Costermano (Italien)

Auf der vom Volksbund unterhaltenen Kriegsgräberstätte Costermano in Norditalien wird darauf hingewiesen, dass sich unter den dort bestatteten deutschen Soldaten auch Kriegsverbrecher und Täter des Holocaust befinden. Der Aufarbeitung war jedoch ein jahrzehntelanger Streit um den Umgang mit diesen Toten vorausgegangen. Ausgelöst wurde dieser im Jahr 1988 durch die Weigerung des deutschen Generalkonsuls in Mailand, Manfred Steinkühler, an der jährlich in Costermano durchgeführten Veranstaltung zum Volkstrauertag teilzunehmen. Steinkühler hatte es nicht mit seinem Gewissen vereinbaren können, an einem Ort der Toten zu gedenken, an dem neben vielen anderen auch der ehemalige SS-Hauptsturmführer Christian Wirth beerdigt wurde. Bei ihm handelte es sich um einen der Organisatoren des Massenmordes an behinderten Menschen im Dritten Reich. Im Zweiten Weltkrieg war Wirth außerdem mitverantwortlich für die Ermordung Hunderttausender Juden, Sinti und Roma.

Neben Informationen zu diesem Täterschicksal konnten in den neunziger Jahren auch neue Erkenntnisse zur Komplexität der Kampfhandlungen in Italien gewonnen werden. Drei zwischen 1943 und 1945 parallel ausgetragene Konflikte spiegeln sich ebenfalls in Costermano wider. Sowohl Kämpfen mit alliierten Truppen als auch Gefechten mit Untergrundkämpfern fielen zahlreiche Angehörige von Wehrmacht und SS zum Opfer. Außerdem führten Auseinandersetzungen zwischen

italienischen Faschisten und ihren Gegnern zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Deutsche Soldaten machten in dieser Situation oft keinerlei Unterschied mehr zwischen Zivilisten und Partisanen und führten in einigen Landesteilen einen regelrechten Krieg gegen die italienische Bevölkerung.

Diese Umstände bewogen den Wissenschaftlichen Beirat des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt zwei Informationstafeln zu erstellen. Seit 2006 erläutern sie im Eingangsbereich des Friedhofes den historischen Hintergrund der Kriegsgräberstätte. Zu den Toten heißt es:

„Es ist nicht auszuschließen, dass unter den 22.000 hier begrabenen Soldaten auch solche sind, die an Kriegsverbrechen in Italien beteiligt waren. Gegenwärtig weiß man jedoch, dass einige SS-Funktionäre, die hier begraben liegen, aktiv und verantwortlich an der Ermordung der jüdischen Bevölkerung im besetzten Polen und in Italien mitgewirkt haben - allen voran Christian Wirth als Inspekteur der Vernichtungslager. Diese Männer waren abkommandiert worden, um die Verfolgung von Juden und Partisanen im Nordosten Italiens und in Istrien in die Wege zu leiten.

Die hier liegenden Toten mahnen uns zu Frieden und Versöhnung. Auch die Schuldigen, die hier begraben sind, mögen ihre letzte Ruhe finden, obwohl sie unaussprechliches Leid über viele Menschen und ihre Familien gebracht haben. Ihre Verbrechen sind uns jedoch zugleich Aufforderung,

aus der Geschichte zu lernen und auch unter schwierigen Umständen stets für die Achtung der Menschenrechte und -würde einzutreten.“

Lommel (Belgien)

Vier SS-Männer, die auf der Kriegsgräberstätte im belgischen Lommel beerdigt wurden, stehen für eine gänzlich andere Gruppe von Kriegstoten. Die vier Soldaten waren Rekruten der 1. SS-Panzerdivision „Leibstandarte Adolf Hitler“ im Alter von 17 bis 18 Jahren. Sie wurden an Pfingsten 1944 durch ein Standgericht wegen Wehrkraftzersetzung zum Tode verurteilt und hingerichtet. Ihre während des Garnisonsdienstes im besetzten Belgien begangenen Vergehen - Entfernung von der Truppe und Lebensmitteldiebstahl - waren geringfügig. Verantwortlich für die unverhältnismäßige Verhängung der Todesstrafe war ihr Vorgesetzter, der hochdekorierte SS-Offizier Joachim Peiper, der durch das drakonische Urteil anderen ein warnendes Beispiel geben wollte. In den vorangegangenen Jahren war Peiper an Kriegsverbrechen und am Holocaust in der Sowjetunion und Italien beteiligt. Nach dem Krieg wurde er für das Ende 1944 an amerikanischen Kriegsgefangenen begangene Malmedy – Massaker zunächst zum Tode, später zu lebenslanger Haft verurteilt, aus der er 1956 entlassen wurde. Im gleichen Jahr wurden gegen ihn Ermittlungen wegen der vier in Belgien verhängten Todesurteile angestrengt, die jedoch ergebnislos blieben. Diese Biographien zeigen, wie die kompromisslose Härte, die von SS-Offizieren

verlangt wurde, sich auch gegen die eigenen Untergebenen richtete und bis hin zu Mord reichte. Zugleich wird an diesen Fällen deutlich, wie Deutsche und SS-Angehörige sowohl Täter als auch Opfer sein konnten. Ein Vergleich zwischen den „politischen Soldaten“ der Waffen-SS und aus rassistischen oder anderen Gründen von den Nationalsozialisten verfolgten Menschen verbietet sich dabei jedoch.

In Lommel befindet sich heute neben einem Friedhof für über 39 000 deutsche Gefallene des Ersten und Zweiten Weltkrieges eine Jugendbegegnungsstätte des Volksbundes. Hier betreuen pädagogisch geschulte Mitarbeiter_innen internationale Jugendbegegnungen und bieten Projekte zur Bildungsarbeit und Friedenserziehung an. Dazu gehört auch die Erläuterung von Einzelschicksalen, durch die eine Annäherung an historische Ereignisse vermittelt werden kann.

Schlussbetrachtung

Der Stand der historischen Forschung ermöglicht heute eine differenziertere Betrachtung als in den 1980er und 1990er Jahren. Zudem werden Kriegsgräberstätten inzwischen noch umfassender in die politische Bildung von Schülern und Jugendlichen eingebunden. Auf diese Weise ist es in vielen Fällen möglich, zwischen echten und vermeintlichen Verbrechen zu unterscheiden und diesen Umstand klar zu benennen. Lebensgeschichtliche Beispiele können uns heute helfen, die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges besser zu verstehen: Aus einzelnen Biographien wird deutlich, daß die

pauschale Verurteilung aller Waffen-SS – Angehörigen als Täter ebenso zu kurz greift wie die vermeintlich unpolitische, unterschiedslose Betrachtung aller Kriegstoten als Opfer. Als Hintergrund der Soldatenfriedhöfe muss dabei der Nationalsozialismus erläutert werden: Eine Weltanschauung, die Krieg und Rassismus propagierte, brachte die Opfer in Situationen, in denen sie Tatbeteiligte wurden.

Quellen- u. Literaturangabe

Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft vom 1. Juli 1965 (BGBl I 1965), § 1 Abs. 2

<http://www.volksbund.de/kriegsgraeberstaetten.html> (Informationen zu Costermano und Lommel)

Westemeier, Jens: Himmlers Krieger. Joachim Pieper und die Waffen-SS in Krieg und Nachkriegszeit, Paderborn u.a.: Schöningh, 2014.

Über den Autor

Dr. Henning Pieper, Historiker, arbeitet als Schul- und Bildungsreferent des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. im Bezirksverband Lüneburg/Stade.

Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte, München/Berlin 2016.

Von Carmen Ludwig

„Die in diesem Buch Porträtierten sind nicht die Kinder und Enkel ranghoher Nationalsozialisten, sondern Menschen wie du und ich. Ihre Angehörigen waren auf unterschiedlichste Weise in das NS-System involviert, meist kleine Rädchen im mörderischen Getriebe“ (S. 10), schreibt die Autorin und Islamwissenschaftlerin Alexandra Senfft im Vorwort ihres neuen Buches „Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte“, das im Frühjahr 2016 bei Piper erschienen ist. Auch wenn seit mehreren Jahren vermehrt über Täterschaften und die Verstrickung einzelner Personen im NS-System gesprochen und geforscht wird, wurde eine biografische Aufarbeitung bislang weniger in den Blick genommen. Senfft unternimmt in ihrem neuen Buch den Versuch, das Schweigen zu brechen und einen offenen Dialog anzuregen.

Aber von vorne: In „Der lange Schatten der Täter“ porträtiert Senfft Frauen und Männer, die sich mit ihrer Familiengeschichte auseinandergesetzt haben und über Tatbeteiligungen Familienangehöriger im NS-System sprechen. Männer und Frauen, die auf verschiedene Weise sich ihrer Familiengeschichte gestellt haben und sich bis heute mit ihr beschäftigen. Einige von den Protagonisten in Senffts Buch haben sich

erst durch das Gespräch mit der Autorin überhaupt ermutigt gefühlt, öffentlich über die Familiengeschichte zu sprechen. Acht persönliche Gespräche und Begegnungen zeichnet Senfft nach und schildert diese ausführlich und einfühlsam. Dem Buch liegen neben den Biografien auch zahlreiche Gespräche mit Psychologen und Historikern zugrunde, deren Erkenntnisse sie zum Teil in die Porträts einflechtet. Jede Biografie, jeder Lebensweg, jeder persönlicher Umgang mit der eigenen NS-Familiengeschichte steht für sich – Senfft hat jeder Geschichte ein eigenes Kapitel gewidmet.

„Ich kann doch meinen Vater nicht in die Täterrecke einreihen!“

Es sind Geschichten, wie die von Paula Albrecht (Jg. 1950), Tochter von Günter Albrecht, Obergefreiter der Wehrmacht. Im Frühjahr 1942 war Albrecht an der Belagerung Leningrads beteiligt, die heute zu den schwersten Verbrechen der Wehrmacht zählt. Paula Albrecht berichtet davon, wie ihr Vater ihren Kindern von seinen Kriegserlebnissen erzählte, eingeleitet mit den Worten: „Jetzt hört mal genau zu!“ – doch die Täter waren in seinen Erzählungen immer die anderen. Paula Albrecht weiß nicht viel über die Vergangenheit ihrer Angehörigen und gesteht, dass Schweigen, Unsicherheit und Angst eine große Rolle im Umgang mit der eigenen Familiengeschichte spielten und bis heute spielen. „Ich kann doch meinen Vater nicht in die Täterrecke einreihen!“ (S. 82), war ihre erste Reaktion auf einen Umschlagentwurf des Buches von Senfft. Paula Albrecht steht mit ihrer Biografie für

viele Deutsche Familiengeschichten, in denen Unwissenheit und Scham über die Verflechtungen der eigenen Verwandten in das NS-System vorherrschen – in denen die Täter immer die anderen waren.

Es sind auch Geschichten wie die von Stefan Ochaba (Jg. 1972), Enkel von Erich Ochaba, Direktor (später Vorstandsmitglied) der Webstuhl- und Webereimaschinen-Fabriks-AG. Die Fabrik im tschechischen Krnov, nach dem Münchener Abkommen 1938 von den Deutschen besetzt und in Jägerndorf umbenannt, gehörte dem jüdischen Ehepaar Eibuschitz. Das Ehepaar sowie etwa 600 weitere Jägerndorfer Juden wurden aus der Stadt vertrieben, 1942 wurden das Ehepaar Eibuschitz in Sobibor ermordet. Erich Ochaba wandelte die Fabrik in einen Rüstungsbetrieb um, in dem Zwangsarbeiter tätig waren. Im Entnazifizierungsverfahren wurde Ochaba 1948 als Mitläufer eingestuft. Er starb früh, sodass sein Enkelkind ihn nicht selbst mit seinen Fragen konfrontieren konnte. Stefan Ochaba ging den Spuren nach, manchmal hatte er das Gefühl „fast besessen etwas aufspüren zu wollen“ (S. 296). Seitdem er sich mit seiner Familiengeschichte auseinandersetzt, ist das Verhältnis zu einigen Verwandten nahezu zerstört. Er selbst, Angehöriger der sogenannten Enkelgeneration, lehnt die Bezeichnung „Kriegsenkel“ vehement ab und nennt sich „Nazi-Enkel“ (S. 290).

Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte, so heißt es im Untertitel des Buches. Eben dies tat auch die Autorin selbst, als sie 2007 das Buch „Schweigen

tut weh. Eine deutsche Familiengeschichte“ veröffentlichte. Darin arbeitete sie unermüdlich ihre eigene NS-Familiengeschichte auf. Eine Familiengeschichte, in der ihr Großvater Hanns Ludin, SA-Gesandter in der Slowakei, über Jahrzehnte einen langen Schatten warf. Ludin wurde 1947 als Kriegsverbrecher in Bratislava hingerichtet. Rund zehn Jahre nach „Schweigen tut weh“ nun „Der lange Schatten der Täter“, in dem die Autorin anderen Menschen Mut verleiht, sich der eigenen Geschichte zu stellen und öffentlich darüber zu sprechen.

Schuld, Scham, Schande

Die Biografien bilden den Hauptteil des Buches. Daneben befasst sich die Autorin auch generell mit Fragen zur Aufarbeitung nationalsozialistischer Täterschaften heute. Insbesondere die justizielle Aufarbeitung von NS-Täterschaft stellt sie in den Fokus, denn auch bei heute stattfindenden Prozessen spielen Fragen nach dem gegenwärtigen Umgang mit Tätern eine zentrale Rolle. Im ersten Kapitel berichtet Senfft von ihrem Beisein an einem Prozesstag von Oskar Gröning im Sommer 2015 in Lüneburg. Schweigen, Lügen oder Leugnen verbindet man wohl mit vielen Prozessen von NS-Tätern – doch Gröning sprach, er äußerte sich vor Gericht zu seinen Taten und bekannte eine moralische Mitschuld. Doch reicht das? Senfft stellt fest, dass die meisten anderen Täter bis heute schweigen und das Schweigen an ihre Nachkommen vererben würden. Auch ihr Großvater Hanns Ludin hätte an der Stelle Grönings vor Gericht sitzen können, stellt sie sich vor. Senfft

konnte ihn nicht befragen, sie weiß nicht, ob er sich seinen Taten und seiner Schuld gestellt hätte und die Wahrheit gesprochen hätte. Reflektionen und Verbindungen zu ihrer Familiengeschichte durchziehen das gesamte Buch wie einen roten Faden, die Leser_innen erfahren ein detailliertes Bild von der Autorin, von ihrer eigenen Auseinandersetzung mit der NS-Familiengeschichte und den Folgen für ihr Leben heute.

Der Verdacht liegt nahe, dass Senfft mit „Der lange Schatten der Täter“, knapp zehn Jahre nach der Veröffentlichung von „Schweigen tut weh“, eine Fortsetzung schreibt. Senfft hat persönlich das Verdrängen und Verschweigen in der eigenen Familie durchlebt und schließlich durchbrochen, sie möchte nun verstehen und beschreibt in ihrem Buch den Versuch einer Verständigung. Verständigung sowohl mit Personen, die an ähnlicher Stelle stehen wie Senfft vor zehn Jahren, aber auch Verständigung mit Nachkommen von Verfolgten im NS. So schließt sich am Ende der Kreis in ihrem Buch, wenn sie im abschließenden Kapitel über eine Reise nach Auschwitz berichtet, die die Autorin mit einer Gruppe Mitgliedern des Arbeitskreises für intergenerationelle Folgen des Holocaust ehem. PAKH e.V. unternommen hat, die für sie „Abschluss und Neubeginn zugleich markieren soll“ (S. 313). Auch an die Taten Oskar Grönings denkt Senfft an diesem Ort zurück, ebenso an den Prozess. Senfft hält fest, dass es wichtig sei, dass der Prozessbeginn gegen Mitverantwortliche und Beteiligte des Holocaust überhaupt stattfand und die Angeklagten endlich mit

ihren Taten konfrontiert werden.

Das letzte Kapitel ist in besonderer Weise ein persönliches Kapitel der Autorin, in dem sie plötzlich wieder selbst in der Situation wie viele ihrer Gesprächspartner steht, als sie in einem Teil des Museums der Gedenkstätte Auschwitz mit ihrem Großvater konfrontiert wurde: „Meine Gefühle sind ambivalent, Befremdung aber dominiert: Mein fremder Großvater; der Vater meiner Mutter, die an diesem Erbe zerbrach und sich schleichend umbrachte; der Mann, über dessen Schuld oder Unschuld die Familie meiner Mutter und ich seit Jahren in Clinch liegen [...]. Ich schwanke zwischen Triumph (schaut her, ihr Verwandten, selbst in Auschwitz ist er zu sehen, und ihr beharrt noch immer auf seiner Unschuld!) und Trauer (Warum ist das alles so gekommen, was hat das mit uns allen angerichtet, bis ins dritte Glied! Welche Schuld, Scham und Schande, welche seelischen Schrammen!)“ (S. 332f.). Auch wenn Senfft mit dieser Reise nach Auschwitz einen Abschluss suchte, zeigt sie deutlich, dass die Aufarbeitung der eigenen Familiengeschichte ein unabgeschlossener Prozess ist und bleibt. Ob sie selbst oder ihre Gesprächspartner es am Ende schafften, aus dem Schatten ihrer eigenen Vergangenheit hervorzutreten, bleibt offen.

Zusammenfassung

Alexandra Senfft gelingt es auf sensible Weise, persönliche Gedanken und Erfahrungen der Porträtierten nachzuerzählen und bettet das Gesagte durch klug gewählte Verbindungen und Verweise auf

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

Einschätzungen von Psychologen und Historikern in den aktuellen Forschungsstand zum Thema transgenerationale Weitergabe ein. „Der lange Schatten der Täter“ ist zugleich ein sehr persönliches Buch, in dem die Autorin auch ihre eigene Biografie reflektiert und in die Erzählungen einbezieht. Insgesamt ein Buch, das sich aktuell in eine (neue) Debatte um den Umgang mit Täter_innen des Nationalsozialismus einfügt – bei der danach gefragt wird, wie wir heute mit Täterschaften im Familienkreis umgehen können und wie öffentlich und juristisch mit Täter_innen umgegangen werden soll. Zugleich ist das Buch ein Plädoyer dafür, dem Schweigen zukünftig keinen Raum zu geben, sondern mit den eigenen Kindern und Enkelkindern zu sprechen und Fragen zu beantworten.

Literatur

Alexandra Senfft: Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte, Piper Verlag, München/Berlin 2016, 352 Seiten, 22 Euro.

Über die Autorin

Die Historikerin Carmen Ludwig leitet den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten bei der Körberstiftung und ist freie Mitarbeiterin bei der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

Oliver von Wrochem (Hrsg.) „Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie“

Von Christian Schmitt

Wie andere Beiträge in dieser LaG-Ausgabe bereits gezeigt haben, hat die Auseinandersetzung mit den familiären, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen von nationalsozialistischer Täterschaft in den letzten Jahren zugenommen. Diese begrüßenswerte Entwicklung wird auch und insbesondere von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme intensiv vorangetrieben. Am Anfang der Ausgabe berichtet Oliver von Wrochem von den Recherche- und Gesprächsseminaren in Neuengamme, in deren Rahmen Menschen zur Belastung ihrer Vorfahren forschen können und die Möglichkeit haben, die gewonnenen Informationen im Gespräch zu verarbeiten. Ebenfalls in Neuengamme fanden im Jahr 2013 zwei wissenschaftliche Konferenzen statt, die sich dem Umgang mit NS-Täterschaft widmeten. In der jüngeren Vergangenheit ist viel Arbeit geleistet worden, sodass es an der Zeit scheint, eine Zwischenbilanz zu ziehen.

Erinnern in wechselseitigem Verhältnis

Eben dies tut Oliver von Wrochem als Herausgeber des Sammelbandes „Nationalsozialistische Täterschaften“ aus der „Reihe Neuengammer Kolloquien“. 34 Beiträge in fünf Kapiteln sowie eine DVD mit elf filmischen Porträts greifen den vielfältigen Umgang mit NS-Verbrechen auf. Die ersten

drei Kapitel basieren auf den beiden Fachkonferenzen, während die Kapitel vier und fünf auf Grundlage der Seminare und der dabei rekonstruierten Biografien entstanden sind.

„Das öffentliche, gesellschaftliche und das familiäre Erinnern an den Nationalsozialismus steht in einem Wechselverhältnis zueinander“ (S. 11), so die eingangs formulierte Grundthese des Bandes. Um dieser Annahme systematisch nachzugehen, ist das Buch sinnvoll strukturiert in die Bereiche „Forschung und Gesellschaft“, „Bildung und Gesellschaft“, „Literatur, Film und Erinnerungsgemeinschaften“, „Auseinandersetzungen mit der Täterschaft der Eltern“ sowie „Auseinandersetzungen mit der Täterschaft der Großeltern“ unterteilt.

Das erste Kapitel setzt sich mit der aktuellen Täterforschung sowie ihren Begrifflichkeiten, Periodisierungen und Grundannahmen auseinander. Es befasst sich mit gesellschaftlichen Widerständen gegen die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der alten Bundesrepublik und ergründet NS-Täterschaft sowie den individuellen Umgang mit ihr anhand zusätzlicher Analysekategorien wie etwa Geschlecht und Alter.

Prozess gegen Adolf Eichmann als Wendepunkt

Sehr anschaulich zeichnet etwa Gerhard Paul die Veränderungen des Bildes von Täter_innen in Wissenschaft und Öffentlichkeit am Beispiel von Adolf Eichmann und Rudolf Höß nach. Täter-Bilder waren demnach in den mehr als 70 Jahren seit

Kriegsende erheblichen Schwankungen unterworfen. In den 1950er- und frühen 1960er-Jahren galten NS-Täter_innen als Dämonen und Psychopathen, „die über die Deutschen hineingebrochen waren, gleichsam als extraterrestrische Wesen, mit denen die deutsche Gesellschaft nichts gemein hatte“ (S. 57). Der sprachlich aufgeladene Diskurs wurde zu einem großen Teil von ehemaligen KZ-Häftlingen, Journalist_innen und den Ankläger_innen der Nürnberger Prozesse geprägt.

1961 jedoch markierte der israelische Prozess gegen Adolf Eichmann eine Wende. In den Medien begann sich nun die Deutung als pflichtergebener Schreibtischtäter, als „Mordbeamter“ (S. 59) in passiver Täterschaft, durchzusetzen. Diese Wahrnehmung fußte auch auf dem Auftreten Eichmanns, der sich selbst während des Prozesses als unterwürfiger Aktenwurm von „rätselhaft[r] Gewöhnlichkeit“ (S. 61) inszenierte. Auch die Forschung nahm dieses Narrativ weitgehend an, und so avancierte der „Schreibtischtäter“ zur „wohlgefälligen und langlebigen [...] Entschuldungsfigur der Nachkriegsgesellschaft“ (S. 62.).

Die Autobiografie von Rudolf Höß sowie ihre Rezeption verfestigten das Bild des initiativlosen Beamten weiter und trugen dazu bei, dass es auch in der heutigen Gesellschaft nach wie vor Bestand hat, auch wenn die Geschichtswissenschaft seit den 1990er-Jahren intensiver zu den Entscheidungsspielräumen der „Schreibtischtäter“ forscht und diese Deutung von dieser Seite aus

nicht mehr zeitgemäß ist.

Einfluss von historisch-politischer Bildung auf das Handeln von Polizist_innen

Das zweite Kapitel arbeitet Grundlagen und Potentiale von historisch-politischer Bildungsarbeit im Umgang mit Täterschaft heraus. Sehr interessant sind zwei Beiträge von Thomas Köhler und Uta George zu berufsgruppenspezifischer Bildungsarbeit, zeigen sie doch eindrucksvoll, wie die Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen auch für Menschen ohne familiäre Belastung für das eigene Handeln relevant sein kann.

Köhler berichtet von Seminaren in der Villa ten Hompel in Münster, deren Ziel es ist, durch die Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei im „Dritten Reich“ Polizist_innen Denkanstöße für ihr eigenes Berufsbild zu geben. Überblicksartig zeichnet er die Selbstwahrnehmung und Außendarstellung der Polizei im Verlauf des 20. Jahrhunderts nach, um die daraus resultierenden Herausforderungen für die Arbeit mit den Seminar Teilnehmer_innen zu benennen.

Demnach brachten die Protestbewegungen der 1950er- und 1960er-Jahre ein seit Jahrzehnten bestehendes elitäres Selbstbild ins Wanken, wonach die Polizei aktiv Einfluss auf die Entwicklung von Staat und Gesellschaft nehmen könne. Der im Zuge darauf einsetzenden Reformierung der Polizei in stärkerer Anlehnung an die Bürgerrechte wurde in Reaktion auf den Terrorismus der RAF ein vorläufiges Ende gesetzt. Der „Leitgedanke [...] einer

aufgerüsteten Polizei als „Bürgerkriegsarmee“ (S. 152) etablierte sich erneut, wenngleich diese Periodisierung vor dem Hintergrund der bereits 1968 erlassenen Notstandsgesetze durchaus streitbar ist. Erst seit den 1980er-Jahren ist die Entwicklung einer sich öffnenden Polizeikultur erkennbar und mit ihr die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Institution, nicht zuletzt im Rahmen der Ausbildung.

Bei den Seminaren in der Villa ten Hompel werden Polizist_innen anhand einer Dauerexposition mit dieser Vergangenheit konfrontiert. Die sich aufdrängenden Fragen und Diskussionen, etwa nach der potentiellen eigenen Reaktion auf verbrecherische Befehle, können möglicherweise das unsteife Wertegerüst der Polizei nachhaltig beeinflussen. Ziel der Seminare ist daher eine Stärkung der „humanen Autonomie“ (S. 155) sowie die Entwicklung neuer, nicht hierarchisch angeordneter Denk- und Handlungsmuster.

Erlösungsphantasien bei der Beurteilung von Euthanasie-Verbrechen

Der Beitrag von Uta George bezieht sich auf die Bildungsarbeit zu Täter_innen der ehemaligen Landesheilanstalt Hadamar in Hessen, wo alleine im Jahr 1941 mehr als 10.000 Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung vergast wurden. Seit 1983 ist das Krankenhaus eine Euthanasie-Gedenkstätte. Heute werden dort Seminare veranstaltet, vorwiegend für Schüler_innen von Kranken- und

Altenpflegeschulen, aber auch für Mitarbeiter_innen aus dem Bildungsbereich.

In den Seminaren drängen sich wie auch bei den Polizist_innen Fragen nach den eigenen Handlungsmöglichkeiten in einem hierarchischen Umfeld auf, ebenso wie Aspekte von Menschenwürde und Inklusion. Die Teilnehmer_innen studieren die Aussagen ehemaliger Angestellter der Heilanstalt in den Prozessen der Nachkriegszeit. Die Argumente der Täter_innen werden nach Berufsgruppen separiert (Ärzt_innen, Krankenpfleger_innen, Verwaltungsbeamten_innen) und in der Runde diskutiert. Auffällig ist dabei das große Verständnis, das die Teilnehmenden, auch aus dem Bildungsbereich, immer wieder für das Handeln der Täter_innen entwickeln. Hier spiegelt sich auch ein Teil der deutschen Erinnerungskultur wieder, in der etwa Erlösungsphantasien („Vielleicht war der Tod für die Kranken das Beste“) oder der niedrige soziale Status von Menschen mit Behinderung auch heute noch in die Beurteilung von Euthanasie-Verbrechen einfließen.

Das Problem des Nicht-Bedauerns

Das dritte Kapitel thematisiert die Darstellung von NS-Täterschaft in autobiografischen Dokumentarfilmen oder autobiografischer Literatur, aber auch in regionalen sowie familiären Erinnerungsgemeinschaften. Es zeigt sich unter anderem, wie oftmals verharmlosende Narrative zu Täterschaft in der eigenen Familie existieren, während gleichzeitig „die

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

geschichtspolitische Anerkennung der NS-Verbrechen [...] als gesellschaftliche[r] Konsens“ (S. 14) akzeptiert wird.

In den Kapiteln vier und fünf kommen schließlich Nachkommen ehemaliger Täter_innen zu Wort. Sie berichten über ihren eigenen Umgang mit der Täterschaft der Eltern oder Großeltern, über die eigene Flucht in die wissenschaftliche Literatur, über Fortbestehen von NS-Ideologie in der Familie und das Problem des Nicht-Bedauerns. Die Rolle der Eltern als Vermittlungsinstanz zwischen Enkeln und Großeltern wird ebenso aufgegriffen wie Probleme bei der objektiven Recherche der eigenen familiären Belastung.

Die beiliegende DVD knüpft an die letzten beiden Kapitel an, porträtiert elf der beteiligten Autoren und geht auf der Grundlage von Interviews mit Nachkommen weiteren Fragen im Umgang mit familiärer NS-Belastung nach.

Zusammenfassung

Mit dem Sammelband „Nationalsozialistische Täterschaften“ ist ein komplexes Werk entstanden, das einen multidimensionalen Blick auf den Umgang mit NS-Täterschaft in verschiedensten Bereichen von Forschung, Bildung und Gesellschaft sowie den beobachtbaren Wechselwirkungen zwischen diesen wirft. Das Buch ist damit besonders für Akteure der historisch-politischen Bildung interessant, die über die Grenzen ihres gewohnten Tätigkeitsbereiches hinausschauen und sich über die Arbeit ihrer Kollegen informieren wollen. Nicht zuletzt bieten die

Porträts Zugang zum Innenleben der Nachkommen von NS-Täter_innen und reflektieren auf ehrliche Weise Aufarbeitungs-, Bewältigungs- sowie Verdrängungsmechanismen.

Literatur

Oliver von Wrochem (Hrsg.): Nationalsozialistische Täterschaften. Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie, Metropol Verlag, Berlin 2016. 534 Seiten + DVD, 24 Euro.

Die Polizei im NS-Staat. Auseinandersetzung mit einer dunklen Vergangenheit

Von Frederik Schetter

Auf eine Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Geschichte und die Bereitschaft zur historischen Aufarbeitung musste man bei der Polizei seit dem Ende des nationalsozialistischen Deutschlands lange Zeit vergeblich warten. Erst seit den 1990er-Jahren fand auf lokaler und regionaler Ebene in zunehmendem Maße eine Aufarbeitung der Rolle der Polizei im NS-Staat statt. Mit der Entwicklung einer Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei (Münster) und des Deutschen Historischen Museums wurde von April 2008 an der „großangelegte Versuch unternommen, ein Gesamtbild der Geschichte der Polizei im NS-Staat zu zeigen“ (S.12), wie der ehemalige Präsident der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Hans Ottomeyer, zusammenfasst. Die temporäre Ausstellung war im Zeitraum vom 1. April 2011 bis 28. August 2011 – und damit knapp einen Monat länger als geplant – im Deutschen Historischen Museum zu sehen und ist seitdem in einigen Bundesländern an Bildungsstätten der öffentlichen Verwaltung als modifizierte Wanderausstellung unterwegs. Geleitet wurde das Projekt der Ausstellungsentwicklung von Wolfgang Schulte von der Deutschen Hochschule der Polizei und Detlef Graf von Schwerin, dem ehemaligen Leiter des Zentrums für Zeitgeschichte der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg. Kurator_innen der

Ausstellung waren Florian Dierl, Mariana Hausleitner, Martin Hölzl und Andreas Mix, die zusammen mit der Deutschen Hochschule der Polizei auch den Katalog zu der Ausstellung herausgaben.

„Saubere Polizei“

Dem eigentlichen Katalog vorangestellt sind – neben einigen Gruß- und Vorworten sowie einer kurzen Einleitung – sieben Essays. Diese geben auf insgesamt 80 Seiten einen Überblick über die konkreten inhaltlichen Themen der Ausstellung.

Den Anfang macht Mariana Hausleitner mit einem kurzen Überblick über die Rolle der Polizei in der Weimarer Republik. Sie geht dabei speziell auf die militärische Tradition der Polizei ein und analysiert die Gründe für das Scheitern des Versuches, eine bürger-nähere Polizei zu schaffen. Darauf folgend gehen Florian Dierl, Thomas Roth und Gerhard Paul auf die Rolle der Ordnungspolizei, der Kriminalpolizei und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) im NS-Regime ein. Florian Dierl hebt speziell die innerhalb der Ordnungspolizei vorhandene Sympathie gegenüber der Führung und Struktur des NS-Regimes und die Bereitschaft, sich in ihre Herrschaftsstruktur zu integrieren, hervor. Auch verdeutlicht er den Widerspruch zwischen der Präsentation der Ordnungspolizei als „freundliches Gesicht des NS-Staates“ (S. 38) und der zentralen Mitwirkung am Holocaust und dem Verüben von Kriegsverbrechen durch Ordnungspolizisten. Bei der von Thomas Roth analysierten Kriminalpolizei wird ebenfalls die Beteiligung

an verschiedenen nationalsozialistischen Verbrechen hervorgehoben. So bezeichnet Roth beispielsweise den Völkermord an den Sinti und Roma als „Kernprojekt der NS-Kriminalpolizei“ (S. 50). Sowohl für die Ordnungspolizei als auch für die Kriminalpolizei wird festgestellt, dass es nach 1945 kaum eine Aufarbeitung der begangenen Verbrechen gab, sondern im Gegenteil die Polizei als unbeteiligt präsentiert wurde.

Bei der thematischen Vorstellung der Gestapo relativiert Gerhard Paul in keinsten Weise die durch diese begangenen Verbrechen, dekonstruiert jedoch den Mythos der Allmacht und hebt die Bedeutung von institutionellen Kooperationen, von Spitzeln und von Denunzianten aus der Gesellschaft hervor. Das Verhältnis zwischen Polizei und Wehrmacht stellt Detlef Graf von Schwerin in den Mittelpunkt seines Essays. Er verweist auf die Verantwortlichkeit der Wehrmacht, durch deren Vorrücken der Polizei erst „der Spielraum für den Völkermord“ (S. 69) eröffnet wurde, und stellt Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei in den unterschiedlichen eroberten Gebieten fest.

Die Essays von Andreas Mix und Martin Hölzl gehen auf die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte nach dem Ende des nationalsozialistischen Deutschlands ein. Andreas Mix stellt die strafrechtliche Aufarbeitung der Polizeiverbrechen in beiden deutschen Staaten dar. Er berücksichtigt dabei neben Statistiken und den rechtlichen Grundlagen auch die

politische und gesellschaftliche Situation. Martin Hölzl nimmt sich der „aktiven Vergangenheitspolitik“ (S. 93) an, derer sich Polizisten in beiden deutschen Staaten betätigten. Durch Behauptungen und Legendenbildung wurde dazu beigetragen, ein möglichst sauberes Bild der während des „Dritten Reiches“ an Holocaust und Kriegsverbrechen beteiligten Polizei zu schaffen. Interne Ermittlungen mit dem Ziel der Aufklärung wurden zudem in vielen Fällen sabotiert.

Militarisierung und berufliche Kontinuitäten

Auf diese sieben Essays folgt das Kernstück: der Katalog mit den Ausstellungsobjekten. Auf knapp über 200 Seiten werden die insgesamt 489 Ausstellungsexponate aufgeführt. Diese sind nur in Teilen mit Abbildungen versehen. Eingeteilt in insgesamt neun Einzelbereiche werden so Schritt für Schritt die in den Essays angesprochenen Inhalte, Probleme oder Fragestellungen in weiten Teilen chronologisch durch Exponate dargestellt. Begonnen wird dabei nach einigen einleitenden Exponaten mit der Zeit der Weimarer Republik. Das Ende bilden Ausstellungsobjekte, die auf die seit einiger Zeit zunehmende Aufarbeitung der Polizeigeschichte verweisen.

Die Exponate lassen sich überwiegend in fünf Gruppen einteilen. Den Schwerpunkt des Ausstellungskatalogs bilden Exponate, die der Polizei im Allgemeinen oder individuellen Polizisten zuzuordnen sind. Die zweite Gruppe besteht aus Objekten, die

genaue Informationen über die Opfer geben. Ausstellungsobjekte, die die politischen und gesellschaftlichen Begleitumstände in unterschiedlichen Zeiträumen darlegen, können der dritten Gruppe zugeordnet werden. Die vierte und letzte Gruppe bilden Exponate wie beispielsweise Zeittafeln, Karten oder Organigramme, welche einen Überblick über historische Kontexte oder Strukturen geben. Der fünften Gruppe, die sich zum Teil mit anderen überschneidet, können Exponate, die speziell eine individuelle Biographie oder einen beruflichen Werdegang aufzeigen, zugeordnet werden.

Die aufgeführten Exponate zeichnet eine große Bandbreite aus. Neben historischen Gegenständen, Filmaufnahmen, Plakaten oder Fotografien werden beispielsweise auch relevante Gesetze und Befehle sowie persönliche Briefe ausgestellt. Betrachtet man die Exponate, so fallen zwei Aspekte besonders auf: Erstens die konkret fassbare Militarisierung der damaligen Polizei, was sich besonders an den Abzeichen, geeigneten Waffen und weiteren Ausrüstungsgegenständen festmachen lässt. Zweitens die Kontinuitäten innerhalb der Polizei und im Berufsleben von Polizisten. Dies geht aus den Biographien hervor, welche den beruflichen Werdegang am Beispiel von einzelnen Polizisten von der Weimarer Republik bis in die Nachkriegszeit aufzeigen.

Zusammenfassung

Der mit einer Zeittafel und einem Personenregister ausgestattete Ausstellungskatalog ist informativ, sehr gut

lektoriert und übersichtlich gestaltet. Die vorangestellten Essays ermöglichen eine Einordnung und ein tiefergehendes Verständnis der nachfolgend aufgeführten Exponate. Inhaltlich ist der Versuch gelungen, „ein Gesamtbild der Geschichte der Polizei im NS-Staat zu zeigen“ (S. 12). Durch die Auswahl der Exponate gelingt dies, ohne dabei zu sehr zu verallgemeinern. Ein moralisierender Blick aus der heutigen Zeit wird vermieden. Vielmehr wird es ermöglicht, sich anhand der Vielzahl an unterschiedlichen Exponaten eine eigene Meinung zu bilden. Der Ausstellungskatalog, vor allem aber – falls möglich – der Besuch oder die Möglichkeit zum Entleihen der modifizierten Wanderausstellung lassen sich in der Bildungsarbeit daher gut nutzen, auch weil unter Umständen noch bestehende Mythen dekonstruiert werden und für aktuelle historische Aufarbeitungsprozesse sensibilisiert wird.

Literatur & Informationen

Deutsche Hochschule der Polizei; Dierl, Florian; Hausleitner, Mariana; Hölzl, Martin; Mix, Andreas (Hrsg.): Ordnung und Vernichtung. Die Polizei im NS-Staat. Eine Ausstellung der Deutschen Hochschule der Polizei, Münster, und des Deutschen Historischen Museums, Berlin. 1. April bis 31. Juli 2011, Sandstein Verlag, Dresden 2011.

Ausstellungskatalog bestellbar bei: Deutsche Hochschule der Polizei, Publikationen Shop, Preis: 19,80 €

Für Einrichtungen, die die Ausstellung zeigen möchten, besteht die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit dem Polizeimuseum Niedersachsen unter: polizeimuseum@akademie.polizei.niedersachsen.de

Erinnerungsfoto aus Auschwitz. Das Höcker-Album

Von Anne Lepper

Bei den Mordaktionen der Nationalsozialisten_innen inner- und außerhalb der Konzentrations- und Vernichtungslager handelte es sich meist um koordinierte Vorgänge, deren Ablauf von den Täter_innen präzise geplant und durchgeführt wurde. Zu dem bürokratisierten Morden gehörte dabei auch, die eigenen Taten – meist für den internen Gebrauch – zu dokumentieren. Dies erfolgte in endlosen Registern, Karteien und (Lage-) Berichten, immer wieder jedoch auch durch Fotografien, die von den Täter_innen an den Orten ihrer Taten aufgenommen wurden und die dazu dienen sollten, die eigenen „Erfolge“ festzuhalten und zu belegen. So dokumentierte der in Warschau zur Niederschlagung des Ghetto-Aufstands eingesetzte SS-Führer Jürgen Stroop anhand eines Foto-Albums mit dem Titel „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr!“ den Ablauf der Ghettoräumung. Eines der darin enthaltenen Fotos, auf dem ein kleiner Junge zu sehen ist, der mit erhobenen Armen das Ghetto verlässt, findet sich heute in zahllosen Publikationen und Ausstellungen wieder und ist damit wichtiger Bestandteil einer über die Jahrzehnte entstandenen Ikonografie des Holocausts.

„Schöne Zeiten“

Doch neben der Dokumentation der eigenen Taten hatten die Fotografien oft auch einen anderen Zweck. Sie sollten –

ähnlich der Funktion eines Familien-Albums – als persönliche Erinnerungen an eine Zeit dienen, die viele der Täter_innen eben nicht als „bedrückend“ oder „falsch“ erlebten und erinnerten. So fand man bei der Verhaftung des ehemaligen stellvertretenden Lagerkommandanten des Vernichtungslagers Treblinka, in dem zwischen 1942 und 1943 mehr als eine Million Menschen ermordet wurden, Kurt Franz, Ende der 1950er-Jahre ein Album, das unter anderem Aufnahmen aus seiner Dienstzeit im Vernichtungslager zeigt und mit der Überschrift „Schöne Zeiten“ versehen wurde.

Frühe und späte Funde

Die Dokumentationswut der Nationalsozialisten, deren Früchte sich in einem unüberschaubaren und durchbürokratisierten System aus Behörden und Verwaltungsabläufen zeigten, wurde abgelöst von dem ebenso ambitioniert betriebenen Versuch, jegliche Spuren der eigenen Taten zu beseitigen. Die Vernichtungslager in Ostpolen – Belzec, Sobibor und Treblinka – wurden schon 1943 geschlossen und im Anschluss daran von jeglichen Hinweisen auf ihre frühere Nutzung befreit. In Berlin, der Zentrale der nationalsozialistischen Macht, bemühten sich die untergehenden Herrscher noch bis unmittelbar vor dem Eintreffen alliierter Truppen darum, Beweismaterial zu vernichten. Dennoch tauchten in den vergangenen Jahrzehnten und tauchen bis heute immer wieder Schriftstücke und

Fotografien auf, die die Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten aus der Perspektive der Täter_innen darstellen. Der Umgang mit diesen Dokumenten ist heikel – nicht nur in der Bildungsarbeit. Eine durchdachte und ausführliche Kontextualisierung kann jedoch auch in der Arbeit mit Jugendlichen sinnvolle Ansatzpunkte für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust im Allgemeinen und mit Täterschaft im Besonderen bieten.

Das Höcker-Album

Dass „Täterschaft“ in der Tat und von den Täter_innen selbst nicht unbedingt als diese rezipiert wird, illustriert ein Dokument, das erst vor wenigen Jahren in die Hände des United States Holocaust Memorial Museum (USHMM) gelangte. Ein Nachrichtenoffizier der US-Army hatte am Ende des Zweiten Weltkriegs in einer verlassenen Wohnung in Frankfurt am Main ein Fotoalbum gefunden, es mit nach Hause genommen und mehr als sechzig Jahre bei sich aufbewahrt. Erst 2006 gab der Mann, inzwischen hochbetagt, die Aufnahmen an das Archiv des USHMM. Dort stellte sich heraus, dass es sich um ein privates Fotoalbum von Karl Höcker handelt, der als Adjutant des letzten Lagerkommandanten Richard Baer in Auschwitz Dienst tat. Darin enthalten sind 116 Fotografien, entstanden im Sommer 1944, die den Alltag im Lager sowohl aus dienstlicher als auch aus privater Perspektive beleuchten. Eine jüngst von Christophe Busch, Stefan Hördler und Robert Jan van Pelt herausgegebene Publikation setzt sich nun akribisch mit den Fotografien selbst,

ihrer Entstehungsgeschichte und ihrer historiografischen Kontextualisierung auseinander.

Spaß in Auschwitz

Betrachtet man die Bilder aus dem Höcker-Album, wirken besonders jene Aufnahmen verstörend, die die Täter und Täterinnen in ihrer Freizeit zeigen. Jene Frauen und Männer, die zur selben Zeit den hunderttausendfachen Mord an den ungarischen Juden und Jüdinnen begingen, sieht man hier bei einem Ausflug „zur Solahütte“ in unbeschwerter Atmosphäre herumalbern und Blaubeeren essen. Die Bilder, die ohne eine entsprechende Kontextualisierung ebenso gut eine beliebige Gruppe an irgendeinem Ort und zu irgendeiner Zeit zeigen könnten, bringen die Täter_innen und damit auch ihre Taten näher an uns heran. Auschwitz – Synonym für Mord, Sadismus und Entgrenzung – wird dadurch zu einem Ort, an dem Menschen vermeintlich „normale“ Dinge taten. Das Lager, das in geschichtswissenschaftlichen Narrativen als von allen moralischen und zivilgesellschaftlichen Grundsätzen befreiter Raum dargestellt wird, erscheint hier als Ort der Freude und der Gemeinschaftsgefühle. Eine Auseinandersetzung damit sowie mit den Gefühlen, die bei der Betrachtung der Aufnahmen unweigerlich aufkommen, ist nicht einfach. In dem Band bemühen sich die Herausgeber deshalb um eine differenzierte und multiperspektivische Kontextualisierung des Albums. Quasi als Gegenstück und ständiger Spiegelpunkt dient den verschiedenen Autoren dabei das sogenannte

„Auschwitz-Album“, das von der ungarischen Jüdin Lilli Jacob unmittelbar nach ihrer Befreiung im Konzentrationslager Mittelbau-Dora gefunden wurde und das die Ankunft ihres Deportationstransportes aus Ungarn in Auschwitz-Birkenau zeigt. Bei den Aufnahmen, die zur selben Zeit wie jene aus dem Höcker-Album gemacht wurden, handelt es sich um die einzigen Fotografien, die den gesamten Ablauf im Vernichtungslager Birkenau – von der Ankunft des Transportes bis zur Selektion – wiedergeben.

Man sieht also auf der einen Seite Menschen, die sich in ihrer Freizeit gemeinsam zu einem Ausflug aufmachen und – gut genährt und bei herrlichem Wetter – in Liegestühlen entspannen. Auf der anderen Seite sieht man dieselben Menschen, wie sie sich bereitwillig in den Dienst einer Mordmaschinerie stellen und über Leben und Tod tausender verängstigter Menschen mit einem Fingerzeig entscheiden. Die Klammer zwischen den beiden Seiten bildet die sowohl hier als auch da wahrnehmbare Kameradschaft unter den Angehörigen der SS, die schnell – das wird an den Fotos des „Auschwitz-Albums“ deutlich – zur Komplizenschaft wird und die das Bewusstsein jeder individuellen Verantwortung auszuschalten vermag.

In der Publikation nähern sich die Autor_innen aus verschiedenen Perspektiven den Aufnahmen des Höcker-Albums. Neben zwei einführenden Texten, die das Album in seinen historiografischen Zusammenhang einordnen und dabei sowohl auf seine Entstehungs- als auch auf die

Rezeptionsgeschichte eingehen, widmet sich ein Beitrag zunächst der Biografie von Karl Höcker, der im Mai 1944 mit dem Beginn der Ungarn-Aktion nach Auschwitz kam. Anschließend daran geben vier weitere Beiträge einen Einblick in den Erfahrungszusammenhang von Auschwitz. Dazu zählt neben einem Text, der die „verkommene Welt“ von Auschwitz und Birkenau rekonstruiert, auch ein Beitrag, der sich mit den SS-Täternetzwerken und der Personalpolitik im Lager auseinandersetzt. Darauf aufbauend wird der Fokus schließlich auf die SS-Helferinnen gelegt, deren Rolle und unmittelbare Beteiligung am Mordprozess anders als jene der SS-Aufseherinnen in der Historiografie bisher weitgehend unbeachtet geblieben ist. Die Publikation, die vom Philipp von Zabern Verlag als hochwertiges Hardcover-Buch herausgegeben wurde, bietet zahlreiche Möglichkeiten, sich dem komplexen Thema der Täterschaft im NS und der (Selbst-) Inszenierung durch Fotografie anzunähern. Einziger Wermutstropfen ist der Preis, der ebenso opulent ist wie das Werk selbst. Dennoch kann zur Anschaffung nur geraten werden, da die Bilder, die am Ende des Bandes großformatig und in hochauflösender Qualität abgedruckt sind, hervorragend für die Bildungsarbeit genutzt werden können.

Literatur

Busch, Christophe; Hördler, Stefan; Van Pelt, Robert Jan (Hrsg.): Das Höcker-Album. Auschwitz durch die Linse der SS. Philipp von Zabern Verlag, Darmstadt 2016.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Täter, Opfer oder beides? Suizid eines jüdischen SS-Mannes

Von Christian Schmitt

Geschichte nicht ausschließlich aus der Sicht von Opfern und Beherrschten beziehungsweise von Tätern und Herrschenden nachzuvollziehen, gehört zu den Grundvoraussetzungen eines multiperspektivischen Geschichtsunterrichts. Das Einbeziehen mehrerer Perspektiven ist unerlässlich für ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein. Besondere Ansprüche an das Reflexionsvermögen und die narrative Kompetenz der Schüler_innen werden dann gestellt, wenn sich der Perspektive keine dieser Rollen eindeutig zuordnen lässt.

Das ist der Fall bei dem Unterrichtsmaterial zum Suizid des jüdischen SS-Mannes Walter Müller, der sich im Juni 1933 im schwäbischen Waiblingen ereignete. Die Materialien eignen sich für die Sekundarstufe II und sollen „einen problemorientierten und gegenwartsbezogenen Zugang zur Frage nach der Erinnerung an Täter und Opfer des Nationalsozialismus“ bieten. Sie umfassen ein Arbeitsblatt und zwei weitere Blätter mit der Biografie sowie Quellen zum „Fall Walter Müller“. Autor ist Dr. Christoph Pallaske, Studienrat im Hochschuldienst in der Abteilung Didaktik der Geschichte der Universität zu Köln.

„Eine Tragödie im klassischen Sinne“

Die historischen Ereignisse beschreibt der Waiblinger Stadthistoriker Hans Schultheiß Jahrzehnte später als „eine Tragödie im

Empfehlung Unterrichtsmaterial

klassischen Sinne“: Walter Müller, geboren 1901, ist 1933 leitender Klinikarzt in Waiblingen sowie SS-Sturmarzt. Im Mai wird der überzeugte Nationalsozialist angezeigt; bei den anschließenden Ermittlungen finden die Behörden heraus, dass Müllers Vater Jude ist. Müller selbst ist bei Adoptiveltern aufgewachsen und weiß nichts über seinen biologischen Vater. Am 27. Juni wird der Arzt über seine „jüdische Abstammung“ und seine bevorstehende Entlassung aus der Klinik auf Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ informiert und nimmt sich noch am selben Abend das Leben.

Im Arbeitsmaterial enthalten sind Fotos von Müller in Gesellschaft seiner SS-Kameraden, aus dem Hochzeitsurlaub sowie von seinem Grab. Eine Infobox beinhaltet die Biografie Müllers, von seiner Geburt und Jugend über Studium und Eintritt in die SS bis zu besagten Ereignissen des Jahres 1933 und seinem darauf folgenden Tod.

Erinnerungskulturelle Diskussion zum Grab Walter Müllers

Was für ein überzeugter Antisemit und Nationalsozialist Walter Müller gewesen ist, bezeugen die vorliegenden schriftlichen Quellen. So berichtet etwa sein Nachfolger, wie Müller Ausschreitungen gegen einen jüdischen Assistenzarzt initiierte, bei denen dieser von einem Mob Fackeln tragender SS- und SA-Leute aus dem Krankenhaus und schließlich aus der Stadt gejagt wurde. Auch der Abschiedsbrief an Müllers Ehefrau Marianne zeigt, in welcher Identitätskrise

Lernen aus der Geschichte

sich der Mann urplötzlich befand. Unerträglich schien ihm der Gedanke, „nicht mehr in der NSDAP [und SS] mittun zu dürfen“ (S. 3). Er hoffte, dass nach seiner Auferstehung seine „Atome sich glücklicher zusammenfinden als dieses Mal“ (ebd.). Sein letzter Wunsch an sie: „Sei in all deinem Tun und Handeln Nationalsozialistin, so wie ich trotz allem als SS-Mann sterbe“ (ebd.).

Der Aufgabenzettel regt eine erinnerungskulturelle Diskussion an. Dabei sollen die Schüler_innen drei Fragen beantworten: Was sollte mit dem Grab Walter Müllers passieren? Soll für den ehemaligen Arzt ein Stolperstein gesetzt werden? Soll für ihn eine erklärende Mahnstätte errichtet werden? Als Grundlage dient auch ein Artikel des „Stern“ aus dem Jahr 2008, der von einer entsprechenden Debatte in Waiblingen berichtet. Die Schüler_innen sollen als unabhängige Historiker_innen ein Gutachten für den Waiblinger Stadtrat erstellen und zu jeder dieser Fragen Stellung beziehen.

Der didaktisch-methodische Kommentar empfiehlt, die Schüler_innen anhand ihrer Antwort auf die erste Frage in drei Gruppen aufzuteilen (1. Grab einebnen, 2. Grab überwuchern, 3. Grab weiterhin von der Stadt pflegen) und sich ihre Argumente gegenseitig vortragen zu lassen. Im Anschluss ist zu fragen, ob manche der Schüler_innen im Laufe der Diskussion ihren Standpunkt geändert haben.

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Zusammenfassung

Der paradoxe und doch bezeichnende Fall des SS-Arztes Walter Müller eignet sich hervorragend, um Schüler_innen Abstand zu historischem Schwarz-Weiß-Denken gewinnen zu lassen. Eine anspruchsvolle und widersprüchliche Perspektive fordert ihre Urteilskompetenz heraus und garantiert eine kontroverse Diskussion im Klassenzimmer. Anhand der Waiblinger Debatte um die Form des Erinnerns an Müller erfahren die Schüler_innen darüber hinaus die Aktualität zeithistorischer Fragestellungen.

Informationen

Das Unterrichtsmaterial „Täter, Opfer oder beides? Suizid eines jüdischen SS-Manns“ ist auf lehrer-online.de zu finden. Der Download erfordert eine Anmeldung, ist aber kostenlos.

Ministerien und die Aufarbeitung von NS-Vergangenheit – ein Werkstattbericht

Virtuelle Ausstellung

Von Frederik Schetter

Die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Herrschaft und der ihr folgenden Nachkriegszeit erlebt derzeit in den Bundesministerien einen regelrechten Boom. Den Anfang machte das Auswärtige Amt und berief im Jahr 2005 eine Unabhängige Historikerkommission zur Untersuchung der eigenen NS-Vergangenheit und des Umgangs mit derselben. In den darauf folgenden Jahren gaben zahlreiche weitere Bundesministerien und -behörden ähnliche Studien in Auftrag.

Seit Ende des Jahres 2014 geht auch das Bundesministerium des Innern (BMI) diesen Weg und initiierte ein von den Direktoren des Institutes für Zeitgeschichte (IfZ) und des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) geleitetes, unabhängiges Forschungsprojekt. Die Forscher_innen stellten im November 2015 die Vorstudie „Die Nachkriegsgeschichte des Bundesministeriums des Innern (BMI) und des Ministeriums des Innern der DDR (Mdi) hinsichtlich möglicher personeller und sachlicher Kontinuitäten zur Zeit des Nationalsozialismus“ vor. Sie bildet die Basis für eine Hauptstudie, deren Veröffentlichung für den Sommer 2018 geplant ist. Darüber hinaus fördert das BMI die Präsentation der Forschungsergebnisse im Rahmen einer virtuellen Ausstellung, welche im Sommer 2017 eröffnet wird.

Verantwortlich für die virtuelle Ausstellung sind Studierende des achten Masterstudienganges Public History der Freien Universität Berlin. Die konzeptionelle Entwicklung der virtuellen Ausstellung wurde im Rahmen eines Seminars des Lehrstuhls Didaktik der Geschichte des Friedrich-Meinecke Instituts im Sommersemester 2016 von den Seminar Teilnehmer_innen gemeinsam durchgeführt und abgeschlossen. Eine Kerngruppe von insgesamt sechs Studierenden ist seit September 2016 für die konkrete Umsetzung der virtuellen Ausstellung verantwortlich. Die folgenden Ausführungen basieren auf meinen Kenntnissen als Teil dieser Gruppe und spiegeln den aktuellen Stand bei der Umsetzung wieder.

Zentraler Aspekt ist dabei die im Vergleich zur der für 2018 geplanten Hauptstudie veränderte Zielgruppe. Für den Besuch der virtuellen Ausstellung setzen wir explizit kein historisches Expertenwissen voraus. Vielmehr richtet sie sich an eine breite, historisch interessierte Öffentlichkeit. Dies sind beispielsweise Studierende, Schüler_innen höherer Jahrgangsstufen oder Pädagog_innen, im Besonderen aber die interessierte Öffentlichkeit jenseits der Schule oder anderer formaler Lernorte. Unser Ziel ist es, Geschichte auf der Basis der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse nicht nur verständlich, sondern auch anschaulich zu erzählen.

„Geschichte mit Geschichten“

Der Nutzung von Biographien kommt daher eine zentrale Rolle zu. Sie werden eng mit thematischen Schwerpunkten verknüpft und ermöglichen es so, „Geschichte mit Geschichten“ multiperspektivisch und personifizierend zu erzählen. Die Einbindung einer Chronik sowie weiterer Hintergrundinformationen ermöglichen eine Einordnung von zentralen historischen Personen oder Geschehnissen. Multimediale Elemente wie beispielsweise Videointerviews mit den Forscher_innen von IfZ und ZZF ergänzen die Inhalte und ermöglichen einen audiovisuellen Zugang.

Die virtuelle Ausstellung soll den jeweiligen Besucher_innen möglichst subjektiv erfahrbar gemacht werden und so die Möglichkeit bieten, sich selbst eine eigene Meinung zu komplexen Sachverhalten zu bilden. Ein solcher ist beispielsweise die in der virtuellen Ausstellung immer wiederkehrende Thematisierung des Belastungsbegriffes. Die Besucher_innen der virtuellen Ausstellung sollen dabei unter anderem zur Reflexion angeregt und für die Frage nach der Messbarkeit von nationalsozialistischer Belastung sensibilisiert werden.

Um sowohl eine ansprechende Visualisierung als auch eine professionelle und qualitativ hochwertige Programmierung der virtuellen Ausstellung zu gewährleisten, arbeiten wir Studierenden mit einer in diesen Bereichen erfahrenen Agentur zusammen. Im Zuge dessen kam und kommt es

in regelmäßigen Abständen zu persönlichen Treffen, um Fragen der Visualisierung untereinander abzustimmen und redaktionelle Entscheidungen zu treffen.

Neben der Zusammenarbeit mit der Agentur ist vor allem der regelmäßige Austausch mit den Forscher_innen des IfZ und des ZZF von zentraler Bedeutung. Denn wir Studierenden erarbeiten in diesem Fall keine neuen Forschungsergebnisse, sondern bereiten die vorhandenen Ergebnisse unserer Zielgruppe entsprechend auf.

Anknüpfung an Forschungsprozesse

Im Kontext der Auseinandersetzung der Bundesministerien mit der Vergangenheit soll durch die virtuelle Ausstellung eine Lernumgebung geschaffen werden, die einer breiteren Öffentlichkeit einen Einblick in einen aktuellen Forschungsprozess verschafft. Ein Besuch der virtuellen Ausstellung verursacht keine Kosten und ist zudem – sofern ein Internetanschluss vorhanden ist – jederzeit möglich. Im bildungspolitischen Kontext eröffnet die virtuelle Ausstellung die Möglichkeit, der interessierten Öffentlichkeit einen Anknüpfungspunkt oder Einstieg in jene Forschungsprozesse und –diskussionen zu bieten, die in den meisten Fällen allein in wissenschaftlichen Publikationen zu finden sind.

Ortsbegehung – Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft

Von Christian Schmitt

„Was hat das mit mir zu tun?“, fragt Sacha Batthyány in seiner hier an anderer Stelle vorgestellten Familiengeschichte. Dabei bezieht er sich auf NS-Verbrechen, in die unter anderem seine Großtante verwickelt war. Dass diese Frage nicht nur Menschen mit eigener familiärer Belastung betrifft, erschließt sich vielen heute nicht mehr auf Anhieb. Diesem Trend entgegenzuwirken, war ein Ziel des Modellprojekts „Ortsbegehung“ der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen („Weiterdenken“), das zwischen 2012 und 2014 durchgeführt wurde.

Der Untertitel „Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft“ verrät bereits, was bei dem Projekt im Mittelpunkt stand: Lokalgeschichte. Jugendliche waren dazu eingeladen, sich historisches Wissen zu ihrer Heimatstadt anzueignen, „das kleine Handwerk des Stadthistorikers [...] zu erlernen“ und ihre Recherchen und Eindrücke anschließend in einer selbst konzipierten Ausstellung zu vermitteln. Ziel war es, „Geschichte als Handlungen von Menschen vor Ort begreifbar zu machen und nicht nur als ferne Entscheidungen ‚von oben‘“, wie es auf der Website der Böll-Stiftung Sachsen heißt. Geschehen ist dies bislang in Freiberg, Döbeln und Leipzig, wobei sich dieser Artikel auf die beiden erstgenannten Städte bezieht.

Bildungsträger

Motivlagen und Handlungsspielräume erkennen

Zu Beginn der drei „Ortsbegehungen“ standen jeweils Workshops, Stadtführungen, Filmstudien sowie Gedenkstättenbesuche und Gespräche mit Zeitzeug_innen. Die Jugendlichen erweiterten ihr Wissen über Nationalsozialismus und Holocaust, wobei Fragen nach Täterschaft im Vordergrund standen: Wie war es möglich, dass so viele Menschen zu Tätern wurden? Welche Motive, welche Handlungsspielräume hatten sie? In den Workshops wurden diese Fragestellungen auch auf die Gegenwart übertragen und Aspekte von Diskriminierung und Ausgrenzung diskutiert.

Im Anschluss ging es in die Archive. Nach einer Einführung in die Archivarbeit und Quellenkritik suchten die Jugendlichen nach Spuren von Täterschaft in ihrer Heimat. Sie erfuhren dabei, wie Menschen in ihrer Stadt an Verfolgung und Vernichtung beteiligt waren und welche Ausschnitte der jeweiligen Stadtgeschichte repräsentativ für das Vernichtungssystem des NS-Staates sind.

Augenmerk auf der individuellen Tat

Nach ihren Recherchen begannen die Schüler_innen, ihre Ergebnisse inhaltlich und ästhetisch aufzubereiten, um sie dann der lokalen Öffentlichkeit zu präsentieren. Erfahrene Kurator_innen und Künstler_innen halfen ihnen dabei, sich kreativ mit der Thematik auseinanderzusetzen und den Ausstellungen einen innovativen und zeitgemäßen Anstrich zu verpassen.

In Freiberg etwa rekonstruierten Schüler_innen in fünf Teams jeweils einen Ausschnitt der örtlichen Geschichte im Nationalsozialismus. Im Mittelpunkt ihrer Nachforschungen standen konkrete Handlungsentscheidungen von Menschen in Freiberg während dieser Zeit. In der Ausstellung wurde bewusst darauf verzichtet, Menschen in die Kategorien Opfer, Täter und Zuschauer zu unterteilen. Viel mehr betrachtete sie die individuelle Tat an sich in ihrer ganzen potentiellen Bandbreite von Unterlassung bis Mord.

Begegnung mit Holocaust-Überlebenden

Thema der Ausstellung war auch die Freiburger Außenstelle des KZ Flossenbürg an dem Ort, wo sich heute der Sportplatz des Berufsschulzentrums befindet. Ab 1944 mussten dort 1002 Mädchen und Frauen bis zu ihrer Deportation im Jahr darauf in Zwangsarbeit Flugzeugteile fertigen.

Zentrales Ausstellungsstück war dabei die Gedenktafel „Ihnen“, die nach einem Entwurf der Künstlerin Stefanie Busch entstanden ist. Sie erinnert an die Schicksale von Jüdinnen und Juden, die nach oder von Freiberg deportiert wurden. Ein Tagebucheintrag der Überlebenden Helga Weissová vor dem Hintergrund der mit Kohle gezeichneten Höhenlinien des KZ-Geländes prägt die Tafel: „Wenn nicht irgendein Wunder geschieht, halten wir es nicht aus. Hoffentlich ist bald Schluss!“ In dominantem Orange sind darüber die Deportationswege der gesamten deutschen

Vernichtungsmaschinerie zu sehen, die sich bis Auschwitz verdichten und schließlich dort zusammenlaufen. Mit Helga Weissová und ihrer Freundin Lisa Miková, ebenfalls Überlebende, hatten die Schüler_innen während des Entstehungsprozesses eine berührende Begegnung. Eine Postkarte zum Projekt zeigt die Gedenktafel im alltäglichen „Gebrauch“.

„Gemeinsames Unternehmen Massenmord“

In Döbeln ist nicht nur eine Ausstellung entstanden. In dem Film „über wiesen“ nehmen die beteiligten Jugendlichen die Zuschauer_innen mit auf einen Gang durch ihre Stadt. Mit den einzelnen Orten verbinden sie nicht unbedingt konkrete verbrecherische Handlungen, sondern vielmehr alltägliche Situationen, die in der Summe aber als Fundament für den Holocaust dienen. Dazu gehörten etwa der Kauf der Tageszeitung mit judenfeindlichen Artikeln oder der Besuch des örtlichen Schwimmbads, zu dem Jüdinnen und Juden der Zutritt verboten war.

Ein szenisches Spiel imitiert die kalte Diskriminierungs- und Mordverwaltung mit ihren Akten ausfüllenden und stempelnden Zahnrädern. Der Kommentar betont die freiwillige Teilnahme all dieser Zahnräder am „gemeinsamen Unternehmen Massenmord“. Thematisiert werden außerdem die Entnazifizierungsverfahren in der Stadt Döbeln. Der Kurzfilm erörtert damit nicht nur ortsbezogene Aspekte von Täterschaft, sondern greift auch

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Bildungsträger

philosophische Fragen über Schuld und Unschuld auf.

Zusammenfassung

Das Land Sachsen machte in jüngster Vergangenheit zunehmend negative Schlagzeilen. Sowohl in Freiberg, Döbeln als auch in Leipzig wurden in den vergangenen Monaten Brandanschläge auf Asylunterkünfte verübt. Mit der Teilnahme an Projekten wie der „Ortsbegehung“ setzen Jugendliche ein Zeichen dafür, dass systematische Ausgrenzung und Bedrohung einer Minderheit am selben Ort bereits schon einmal stattgefunden haben und sich auch in abgewandelter Form nicht wiederholen dürfen.

Es wäre erfreulich, wenn die als Modellprojekt gedachte „Ortsbegehung“ bleibende Motivation hinterlassen hat und in Zukunft nicht nur in Sachsen ähnliche Angebote entstehen. In jedem Fall hat sie gezeigt, wie tiefgründig und vielfältig sich eine vom Holocaust doch schon ein Stück entfernte Generation mit der Thematik auseinandersetzen und die NS-Verbrechen auch in lokalen Erinnerungskulturen wieder stärker verankern kann.

Eine Familiengeschichte im Nationalsozialismus und die Folgen

Von Ingolf Seidel

Der Schweizer Journalist Sacha Batthyány stammt aus einer Familie, die in den NS-Staat verstrickt war. Die Großtante, Margit von Batthyány-Thyssen, stammte aus der Unternehmerfamilie Thyssen und hatte 1933 den verarmten ungarischen Grafen Ivan von Battyány geehelicht. Die Familie bewohnte das Schloss der Stadt Rechnitz im Burgenland, zugleich ein Erholungsort für die Waffen-SS. Dort findet in der Nacht vom 24. auf den 25. März 1945 ein Gefolgschaftsfest von Mitgliedern der Gestapo, örtlichen Nazi-Größen und SS-Angehörigen in Anwesenheit des Grafen und der Gräfin statt. Zur selben Zeit stehen am Bahnhof von Rechnitz ungefähr 200 ungarisch-jüdische Zwangsarbeiter. Am Ende des Abends sind 180 von ihnen tot. Ermordet. Erschossen in einer nahen Scheune von Gästen des Schlosses. Es bleibt unklar, ob die Gräfin selbst an der Mordaktion beteiligt war, ob sie Juden erschossen hat. Das Massaker findet in der Familie Thyssen keine Erwähnung, 62 Jahre lang herrscht Schweigen und es gelingt lange, die Offenlegung einer möglichen Verwicklung oder Beteiligung der Familie an dem Massenmord zu vertuschen.

Gräfin Batthyány-Thyssen beginnt nach dem Krieg ein neues Leben in der Schweiz – als Pferdezüchterin und Sportschützin. Ihr Mann wird gefangengenommen und landet für zehn Jahre in einem sibirischen Gulag in

Asbest. Erst der Großkel beginnt Fragen zu stellen. Er recherchiert, nachdem ihn eine Kollegin auf einen Zeitungsartikel aufmerksam gemacht hat, in dem der Großtante eine Beteiligung an dem Judenmord nachgesagt wird. Der Schriftsteller Maxim Biller stellt ihm daraufhin die Frage: Und was hat das mit dir zu tun? Für Sacha Battyány beginnt mit den Nachforschungen eine Zeit der Verunsicherung. Was weiß seine Familie, sein Vater? Was hat sie zum Schweigen gebracht? Angst? Scham? Das Geld der Großtante? Auch in Rechnitz herrscht Schweigen. Zwar wurde ein Prozess angestrengt, aber nach der Ermordung von zwei Augenzeugen, darunter ein Überlebender des Massakers, stockt dieser.

Batthyány wendet sich an nahe und entfernte Verwandte. Er liest Akten über seine Tante Margit, ihren Mann Ivan, Bücher über die Thyssen-Familie, alte Tagebücher und durchsucht Archive in Berlin, Bern, Budapest und Graz. Im Frühjahr 2009 begibt er sich das erste Mal nach Rechnitz. Der Autor stellt fest: „Es war ein Massaker an 180 Juden, das mich meiner Familie näherbrachte.“ Er konfrontiert den Vater mit dessen Wissen um den Judenmord: „Aber hast du dir nie überlegt, dass sie möglicherweise darin verwickelt war?“ Die Gegenfrage: „Ist das ein Verhör?“

Im Zuge der Nachforschungen ändert sich die Motivation von Batthyány. Er will nicht nur die Geschichte des Verbrechens rekonstruieren. In den Mittelpunkt rückt die Frage, die titelgebend für das Buch über die Familienrecherche sein wird: Was hat das

mit mir zu tun? Der Autor reist nach Moskau und Sibirien, begleitet vom Vater. Es kommt zu Auseinandersetzungen. „Die Russen haben Methylalkohol aus den Benzinlampen gesoffen, kannst du dir das vorstellen? Die Deutschen waren zivilisierter.“ „Die Nazis? Zivilisiert?“, frage ich, „das ist nicht dein Ernst.“ „Nicht jeder Deutsche war ein Nazi“, antwortet er. Sie besuchen die Menschenrechtsorganisation Memorial. Sacha Batthyány fragt sich nach dem Sinn der Reise: „War ich nicht nach Sibirien geflogen, damit mein Vater mich endlich bemerkte?“

Auch die Eltern von Agnes Mandel wurden ermordet. Sie waren die „Dorfjuden“. Im Beisein der Großeltern von Sacha Batthyány. Auch sie haben geschwiegen und zugehört. Agnes Mandel hat die deutsche Vernichtungspolitik überlebt und ist nach dem Krieg nach Buenos Aires gezogen. Dort leben ihre Nachfahren, die Schwestern Marga und Mirta, zu denen der Autor Kontakt aufnimmt. Bei einer Begegnung in Argentinien stellt er die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, die Geschichte ruhen zu lassen. „Wozu?“ sagten sie nicht spöttisch (...), „Wir sind mit dem Gefühl aufgewachsen“, sagte Mirta, „dass die schmerzvolle Vergangenheit unser heutiges Leben bestimmt. Es ist unser Erbe. Es war immer da, in jeder Minute unserer Kindheit, jeder Stunde unserer Jugend, an jedem Tag unseres Lebens.“

Auch wenn die Auseinandersetzung mit der begleitenden Psychoanalyse Batthyánys immer wieder Raum einnimmt, gerät der Text nicht selbstbezüglich oder larmoyant. Das

Buch ist vielmehr eine autobiographische Auseinandersetzung mit seiner Familie. Wer eine Generalabrechnung erwartet, wird also enttäuscht sein. Das ist eine Stärke und Problematik zugleich. Der Autor schafft ein familiäres Narrativ, das es ihm ermöglicht sich anzunähern und dabei einen Bruch zu vermeiden. Das ist ein durchaus diskutabler Aspekt, stellt sich doch die Frage, ob nicht heute noch in Bezug auf die NS-Vergangenheit wesentlich mehr Brüche vonnöten wären. Gleichzeitig vermeidet Batthyánys Herangehensweise einen moralisierenden Blick auf seine Vorfahren. Seine familienbiografische Auseinandersetzung ist eingängig und flüssig geschrieben – manche Passagen wirken beinahe zu unterhaltsam. Für den Einsatz im Unterricht sind allerdings solche Merkmale eine Empfehlung. Der Autor stellt sich die Frage, ob er anders gehandelt hätte als seine Großtante und die Großeltern. Anhand von Fragen nach eigener Verantwortung und eigenem Handeln kann im Unterricht ein Gegenwartsbezug hergestellt werden. Und es kann eine Problematik thematisiert werden, den der Historiker Yehuda Bauer beschrieb: „Die der Shoah innewohnende Warnung lautet eindeutig, daß unter bestimmten Umständen jeder Mensch die Handlungen der Täter wiederholen könnte.“ (Bauer : 2001,38).

Zudem: Es gibt auch heute noch viele Familiengeschichten aufzudecken. Die Auseinandersetzung in der Mehrzahl der Familien von Täter_innen, Zuschauer_innen, Kollaborateur_innen und Bystandern sind in der Mehrzahl nicht erzählt. Dazu

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Lebensbericht

anzuregen wäre eine pädagogische Aufgabe.

Literatur

Sacha Batthyány: Und was hat das mit mir zu tun?
Ein Verbrechen im März 1945. Die Geschichte
meiner Familie. Köln, 2016.

Yehuda Bauer: Die dunkle Seite der Geschichte. Die
Shoah in historischer Sicht. Interpretationen und
Re-Interpretationen. Frankfurt am Main, 2001.

Unser nächstes Magazin erscheint am 23.11.2016 und trägt den Titel „Extreme Rechte und Möglichkeiten präventiver Bildungsarbeit“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Anne Lepper, Frederik Schetter, Christian Schmitt, Ingolf Seidel

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.